

Die Wohnung als Ware besonderer Art

SALZBURG. 665 gemeldete Fälle von Obdachlosigkeit, 3087 Wohnungssuchende, deren Ansuchen mit dem Vermerk „Dringlich“ versehen werden muß, und 1418 weitere Ansuchen ohne diesen Vermerk, das ist die Situation des städtischen Wohnungsvergabeausschusses zur Zeit.

Bürgermeister Dipl.-Ing. Josef Reschen eröffnete mit diesen Zahlen seinen Diskussionsbeitrag bei einer Veranstaltung der Jungen Generation, die am Montag im Sternbräu zum Thema „Wohnen in Salzburg“ stattfand. Reschen zeigte damit, daß er nichts zu beschönigen beabsichtige, führte damit aber auch die Gründe vor, die ihn dazu bewogen, gleich zu Beginn seiner Amtstätigkeit dem Wohnungsbau höchstes politisches Interesse zuzuwenden.

Spielerische Lösungen des Problems hatte er nicht anzubieten, auch Phrasen und Entschuldigungen fehlten. Den zentralen Begriff, der wohl weiterhin die Wohnungsdiskussion in Salzburg beschäftigen wird, schuf der Bürgermeister mit der Aussage „Wohnung ist eine besondere Ware“, mit der er die Forderung der Jungen Generation, Wohnung dürfe nicht Ware sein, umformulierte und fein entschärfte.

„Wenn es mir mit einer Umgestaltung der Situation am Wohnungsmarkt ernst ist, muß ich bei einer Versammlung der Hausbesitzer und bei der der jungen Sozialisten das gleiche sagen können“, meinte Reschen, wohl wissend, daß seine Vorschläge auf beiden Seiten anecken können.

3000 leere Wohnungen gebe es in Salzburg. Man werde sich überlegen, eine Steuer für unbegründet leerstehende Räume einzuführen. Dabei

aber, so der Bürgermeister, werde man sich hüten müssen, Zweitwohnungen schlechthin oder den frei finanzierten Wohnungsbau zu verteuern. Vielmehr bestünde für eine wachsende Anzahl von Wohnungssuchenden die Notwendigkeit, auf dem freien Markt, mit harter Arbeit und Sparsamkeit, ein eigenes Heim zu erwerben, weil der Zugang zu den wenigen geförderten Wohnungen versperrt sei.

KRITIK AN DER VERGABE

Auch bei der Förderung selbst sparte der Bürgermeister nicht mit Kritik. Die derzeitigen Vergabebestimmungen ließen noch ein Ehepaar mit zwei Kindern und einem Familieneinkommen von 45.000 Schilling in den Genuß der Förderung kommen! Bewerber dieser Art

hätten dazu noch in der Regel den besseren Zugang zu den Vergabestellen. Reschen schloß sich hier voll den Vorschlägen Landesrat Wolfgang Radleggers an, der erst vor wenigen Wochen eine Umschichtung der Förderung, die junge und noch einkommensschwache Familien stärker bedenken könne, gefordert hatte.

„Ich habe es satt“, formulierte eine junge Mutter von zwei Kindern, mit dem Kündigungsschreiben des Hausherrn in der Hand, ihr Unbehagen an der Ohnmacht gegenüber den Marktgesetzen. Hausbesetzungen, wie sie in anderen Ländern in den letzten Wochen immer wieder zu schweren Unruhen geführt hätten, schienen ihr ein durchaus legitimes Mittel, um auf die Unerträglichkeit der Lage hinzuweisen.

Je später der Abend wurde, desto sicherer konnte man den Eindruck gewinnen, daß die Wohnungsfrage in ihrer politischen Bedeutung noch beträchtlich zunehmen wird.

Hauptling Feuer-
auge



Zur Frage des Antifaschismus

Wer das Wort „faschistisch“ gebraucht oder über Neofaschismus redet, meint oft sehr verschiedene Dinge. Einmal steht es für Organisationen wie ANR und NDP, dann wieder für alles, was sich ausländerfeindlich und militant gebärdet oder den Nationalsozialismus zu beschönigen versucht. Aber auch Politiker, die sich autoritär und undemokratisch verhalten, werden mit diesem Attribut belegt oder jugendliche Hakenkreuzschmierer, Rocker, die sich mit NS-Symbolen schmücken usw.

Sicher trifft's jeder irgendwie, der sich auf derlei Erscheinungen bezieht. Aber daß man es irgendwie treffen kann, ist automatisch. Es zeigt uns an, daß mehr mit „dem Herzen“ als mit dem Verstand geurteilt wird, daß Ressentiments verschiedener Herkunft eine klare Einschätzung dominieren. Die Mißerfolge antifaschistischer Aktionen, sei es nun hinsichtlich ihrer Wirkung gegenüber dem Gros der Bevölkerung oder hinsichtlich ihrer Abwehrkraft gegenüber neofaschistischer Expansion, bezeugen diesen Mangel eindrucksvoll. Worin liegt nun dieser Mangel? Es scheint so, als ob von mindestens drei Komponenten, die sich im gegenwärtigen Erscheinungsbild des Neofaschismus vereinigen, und die gleichermaßen Aufmerksamkeit verdienen, nur jene berücksichtigt wird, die mit der Forderung nach Verbot von ANR und NDP zusammenhängt.

Dieser Forderung muß die These zugrundeliegen, daß eine gewisse zumindest ideologische Kontinuität zwischen Nationalsozialismus und jenen Organisationen besteht. Der ANR konnte diese Kontinuität in einigen Gutachten nachgewiesen werden. Für die NDP aber, die sich als demokratisch versteht, ist dieses Unterfangen schon



schwieriger. Entsprechende Durchführungserlässe gegen die NDP könnten u. a. auch den KHD gefährden, eine Organisation, mit der es sich auch unsere Partei, die SPÖ, in Kärnten aus nicht akzeptablen Gründen nicht verständlichen, aber für viele verscherzen will. Man kann nicht über die staatstragende Funktion der SPÖ hinwegsehen, sei es nun in positiver aber auch in negativer Hinsicht.

KRISE ALS NÄHRBODEN

Die zweite Komponente betrifft die soziale Basis des Neofaschismus. Autoritäre Konfliktlösungsmuster, Hierarchiedenken in Beruf und Öffentlichkeit, ein tiefes Mißtrauen gegenüber langwierigen demokratischen Entscheidungsprozessen bilden insbesondere dort einen faschistoiden Nährboden, wo die Menschen ohnmächtig dem materiellen Druck der nunmehr schon seit fünf Jahren andauernden Krise ausgesetzt sind. Daß man sich mit dieser Komponente kaum noch auseinandergesetzt hat, zeigt die Ignoranz der Antifaschisten gegenüber der Attraktivität des Neofaschismus bei der Landbevölkerung.

Die Problematik in der Analyse der sozialen Basis des Neofaschismus ist besonders schwierig. Sie kann nicht ohne Bezugnahme auf die Gesamtheit wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse in Österreich gemacht werden. Man muß sich hier trotz des relativen Wohlstandes von einer selbstgefälli-

gen „Insel-der-Seligen“-Haltung absetzen. Die gegenwärtigen Verhältnisse sind nicht das Nonplus-ultra, sondern eben auch ein Nährboden für den Faschismus.

Die dritte Komponente, die den gegenwärtigen Neofaschismus charakterisiert, sei hier als die einer Art „rebellischer Jugend“ bezeichnet. Sie wollen nicht von vornherein eine Volksgemeinschaft, die deutsche Einheit, die Todesstrafe, die Vernichtung der Linken usw. Sie wollen Kameradschaft, Schutz in der Gruppe, Selbstaufwertung durch Gruppenidentifikation. Sie wollen sich unterordnen unter einen Führer, von dem sie die gewünschte Anerkennung, die sie brauchen, sicher bekommen. Das ist etwas, was ihnen diese Gesellschaft nicht mehr bietet.

Hohe Leistungserwartungen, geringe Erfolgsaussichten, Perspektivlosigkeit und die herkömmlichen familiären und schulischen Repressalien machen sie zu aggressiven Untertanen.

Linke Lehrer brauchen sich nicht zu wundern, wenn sie mit ihrer antifaschistischen Aufklärung nur geheucheltes Mitgefühl für NS-Opfer bei Jugendlichen erzielen, oder der Attraktivität schmucker SS-Uniformen nichts entgegenzusetzen haben.

Oft genug erscheint der Lehrer dem Schüler dann als die Verlängerung des autoritär-beschwörenden Zeigefingers des Vaters, der es zwar gut meint, den man aber fürchten muß, wenn man ihm nicht recht gibt und der von seinen wirklichen Problemen nichts versteht.

Es ist klar, die Probleme des Antifaschismus sind nicht leicht zu lösen. Aber, sofern sie existieren, müssen sie zur Kenntnis genommen werden. Ansonsten entgleiten den Antifaschisten die Kontrolle über ihre eigenen Aktivitäten.

Norbert Huber

10.4.81

Lokalaugenschein im „Kulturzentrum Rainberg“ SN

Gruppen rüsten zum 2. Salzburger Jugendgespräch mit Politikern — Hausbesetzung befürchtet

Die „Hausbesetzung“ auf dem Brau-AG-Gelände in der Riedenburg in Salzburg, der ehemaligen Sternbrauerei, war keine. Die Polizei, Samstag spätnachmittags von Nachbarn gerufen, konnte sich überzeugen, daß alles rechtens war, was da etwa 120 junge Leute auf dem Gelände zusammengeführt hatte. Die Junge Generation der SPÖ hatte für alle an der Schaffung von Kultur- und Kommunikationszentren Interessierten eine Besichtigung mit anschließender Diskussion organisiert. Im Laufe des Mai werden alle von den verschiedensten Gruppen in letzter Zeit vorgeschlagenen Projekte besichtigt und besprochen. Mitte Juni wenn das 2. Salzburger Jugendgespräch stattfindet, werden die Interessenten Genaueres über ihre Pläne wissen und den Politikern konkreteres vorschlagen können als zuletzt.

Sonntag war die ehemalige Stern-

brauerei an der Reihe. Freitag, 15. Mai, 17 Uhr, steht die Besichtigung der Maxglaner Obusremise auf dem Programm. Sonntag, 17. Mai, 20 Uhr, die Gnigler Kunstmühle. Donnerstag, 21. Mai, 20 Uhr, das „Höllbräu“, gegen Ende Mai der Petersbrunnhof, und Donnerstag, 28. Mai, 19 Uhr, das „Stadtkino“.

Der Samstag in der Sternbrauerei, die um 48 Mill. S zum Verkauf ausgeschrieben ist und bei vielen jungen Salzburgern als idealer Rahmen für Kultur und Kommunikation gilt, war bereits ein konstruktiver Auftakt. Die Anhänger dieser Idee beschlossen, sich als „Arbeitsgemeinschaft Rainberg“ in drei Arbeitsgruppen für das 2. Salzburger

Jugendgespräch vorzubereiten.

Bis dahin soll ein konkretes Konzept des Betriebes eines solchen Zentrums ausgearbeitet werden. Statuten sollen erarbeitet und nicht zuletzt bei den Anrainern Werbung für das Vorhaben betrieben werden, für Gespräche mit den Politikern, die allein schon vor den Kosten dieses Vorhabens und auch vor der angestrebten „Selbstverwaltung“ zurückschrecken, verbindliche Gesprächspartner nominiert werden.

Die „Arge Rainberg“ trifft sich jeden Donnerstag, 19.30 Uhr, im Gasthaus „Stern“, Steinbruchstraße Nr. 1 (im Gebäude der ehemaligen Sternbrauerei), zu Arbeitsgesprächen.

Die JG und ihr Kultur- und Demokratieverständnis

„Der Generationskonflikt muß sein“

SALZBURG. Im Mai und Juni nahm die Junge Generation Salzburg in öffentlichen Begehungen sämtliche Vorschläge für Kommunikations- und Stadtteilzentren unter die Lupe. Das Ergebnis mündete in einem grundsätzlichen Konzept, das JG-Vorsitzender Paul Pirker gestern in einer Pressekonferenz darlegte. Kernpunkt des Konzeptes ist nicht nur die Bejahung des Rainbergprojektes, sondern die Aufforderung, einen neuen kulturpolitischen Ansatz und neuen Demokratieansatz zu finden. Mitten im Konflikt mit den älteren Parteigenossen, meinte Pirker: „Der Generationskonflikt in der SPÖ muß ausgetragen werden!“

Es gehe darum, der Basisdemokratie, die, so Pirker, in der Luft liegt, die nötige Infrastruktur zu schaffen. Die Kommunalpolitiker müssen für diese Weiterentwicklung der Demokratie in den einzelnen Stadtteilen Begegnungszentren bauen, wo sich die Menschen zusammensetzen, zusammensetzen und zusammenreden können, fordern die jungen Sozialisten.

Neben der politischen Selbstverwirklichung stünde die Anspruch auf kulturelle Selbstverwirklichung. So wichtig die Verbreiterung der Basis für die Hochkultur auch weiterhin sind, eine sozialistische Kulturpolitik wird damit ihr Auslangen nicht finden können, meint die JG.

Er sieht in der Alternativkulturbewegung eine Chance zum Gewinn neuer Bevölkerungs-

ungsschichten für die Kultur. Dabei Kultur hier nicht auf den Kunstbegriff beschränkt ist, sondern vielmehr kreative Selbstentfaltung meint. Ein altes Anliegen der Arbeiterbewegung.

JA ZUM RAINBERG

Zur Realisierung der Ideen schließt sich die JG dem Bestreben der ARGE Rainberg an, das Gelände der alten Brauerei anzukaufen. Den Gruppen soll zunächst zur ein Teil überlassen werden, wo sie ihre Vorstellungen verwirklichen und sich bewähren könnten. Geht dies wider Erwarten schief, könnte die Stadt mit dem erworbenen Areal immer noch etwas anderes anfangen, schlägt Pirker vor.

Bei der Kostenfrage kommt der JG-Vorsitzende zu dem

Schluß, daß sich das Land am Rainberg beteiligen müßte. Die Ausstrahlung eines neuen Kulturzentrums der Stadt auf das Land würde dies rechtfertigen. Die Entscheidung, was einem ein neuer kulturpolitischer Ansatz, ein neuer Demokratieansatz wert ist, hält Pirker für eine Gretchenfrage.

PROJEKTVORSCHLÄGE

Bei der Begehung der möglichen Projekte kam Architekt Heinz Hochhäusl zu dem Ergebnis, daß beim Umbau des Petersbrunnhofes (veranschlagt sind mindestens 40 Millionen Schilling) noch eingespart werden könnte.

Neben dem Rainberg sei ein Kulturzentrum für die Stadtteile Lehen, Aiglhof und Maxglan dringend notwendig. Für die JG bietet sich nach der Übersiedlung der HTL die Obusremise in Maxglan an. Positiv wurde die Kunstmühle bewertet, das Stadtkino würde sich als sichere Heimstätte für „Das Kino“ anbieten. Allein das Höllbräu als Veranstaltungsraum erscheint der JG im Hinblick auf andere Möglichkeiten weniger interessant.

Infrastruktur für die Jugend

SALZBURG. Es gehe darum, in der offenen Begegnung mit einer gend Mißtrauen, Frustration und skeptischen bis verdrossenen Jugend in Gestaltungsmut überzuführen. Dies stellte am Freitagabend im ORF-Publikumsstudio Innenminister Erwin Lang fest. Bei diesem Jugendforum des Kuratoriums Siche Österreich machte Innenminister Lang auch klar, daß er sehr wohl eine Rückkoppelung zwischen dem, was die öffentliche Hand für die Jugend und ihren Wunsch nach neuen Lebensformen tue, und der Sicherheit, die man daraus gewinne. Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer, der in dieser Diskussion nach mehr Polizei gerufen hatte, wollte keinen Zusammenhang zwischen Sicherheit und Investitionen in die Jugendwünsche sehen.

Stadtrat Gerhard Buchleitner verwies auf die Schwierigkeiten, die Kreativgruppen mit den ebenfalls sinnvollen organisierten Jugendgruppen der Parteien zusammenzuführen. Kultur-Hofrat Dr. Peter Krön verwies auf das starke

Mißtrauen der Jugendlichen Behördenvertretern und politischen Instanzen gegenüber, beklagte aber auch einen Mangel an Gesprächsbereitschaft.

Der Salzburger JG-Obmann Paul Pirker gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß es viel wichtiger sei, die Infrastruktur für die Salzburger Jugendlichen zu verbessern, als den Sicherheitsapparat aufzublähen.

Für die FPÖ vertrat Abg. Dr. Friedhelm Frischenschlager die Meinung, man müsse mit den Jugendlichen die Wert-Debatte offen führen. Stadtrat Buchleitner wandte im Rahmen der Jugendproblematik das Augenmerk auf die Arbeitsrechtlichen Probleme von Lehrlingen und die vielen nicht inkasteten Familien. Auf den Moment der Kindererziehung gip auch Gunter Hofmeister vom Jugendarbeitskreis S. e. n. e. ein. In einem Punkt waren sich alle Anwesenden einig: wenn nicht bald auf dem Wohnungssektor etwas geschieht, sind radikale Antworten unvermeidlich.

Alte Obus-Remise als Kulturzentrum für Lehen und Maxglan im Gespräch

„Für unseren dichtbesiedelten Stadtteil brauchen wir ganz einfach eine Begegnungsstätte! Die HTBLA zieht in absehbarer Zeit nach Itzling, dann würde die jetzige Lehrwerkstätte und frühere Obus-Remise in der Zaunergasse leerstehen. Was liegt näher, als zu versuchen, dorthin dann die benötigte Begegnungsstätte für Lehen, Maxglan und Aiglhof zu bekommen.“ Seit vier Jahren kämpft der Sektionsobmann der SPÖ Maxglan Ost, Erich Franz Peyerl, für diesen Vorschlag, den er Freitagabend der JG unterbreitete.

Die Besichtigung der Lehrwerkstätte in der Zaunergasse war die zweite Station der Jungen Generation in der SPÖ auf ihrem „langen Marsch“ durch die Kulturzentrumsvorschläge in der Stadt Salzburg. Bekanntlich wurde vorige Woche das „Kultur Gelände Rainberg“ (Sternbrauerei in der Riedenburg) besucht, später auch die alte Gnigler Kunstmühle. Man könne die vielen vorliegenden Vorschläge nicht auf einmal verwirklichen, und eine Koordination verhindere Überschneidungen, deshalb müsse man auf alle vorgeschlagenen Projekte eingehen, meint die JG.

Am Besichtigungsprogramm der JG stehen noch die Vorschläge „Kulturzentrum Höllbräu“, „Filmkulturzentrum Das Kino“ im Stadtkino, und die Diskussion der neuesten Pläne für den Petersbrunnhof. Mitte Juni will die JG ein Konzept für Kultur-, Kommunikations- und Stadtteilzentren vorlegen.

Die Vorteile des Maxglaner SPÖ-Vorschlages liegen auf der Hand: Die Obus-Remise ist in öffentlichem Besitz, sie wird in absehbarer Zeit leer, wenn die HTBLA in Itzling steht, das Innere der Remise ist leicht änderbar, weil die Zwischenwände keine tragende Funktion ha-

ben. Und die Lage in der Mitte zwischen Lehen und Maxglan wäre für die beiden am dichtesten besiedelten Stadtteile Salzburgs ideal.

Aber auch Probleme würde die Adaptierung für ein Stadtteilzentrum aufwerfen: Die Räume sind ziemlich hoch, also schwer beheizbar, und die Adaptierungsarbeiten werden nicht gerade billig sein.

„Wir als SPÖ-Stadtteilorganisation müssen mit allen Vereinen Maxglans und Lehens Kontakt aufnehmen, um zu klären, wer einen Bedarf nach einem Stadtteilzentrum hat, und wer dann mithelfen will, dieses Stadtteilzentrum auch zu verwirklichen. Dann soll ein Konzept mit allen Interessierten ausgearbeitet werden. Und wenn dann die Bevölkerung von Lehen und Maxglan dahintersteht, was sollte da noch schiefgehen?“ Erich Franz Peyerl ist also optimistisch, was die Verwirklichung seines Vorschlages betrifft.

ST
11.5.81

Das Erreichen der Umweltziele bedarf eines gesamtwirtschaftlichen Kalküls

SALZBURG. Derzeit betragen die Aufwendungen für den Umweltschutz in Österreich etwa 15 bis 17 Milliarden Schilling jährlich, erklärte Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Herbert Moritz in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Österreichischen Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz bei einer bundesweiten Konferenz der Jungen Generation der SPÖ zum Thema „Umwelt-Ökologie“ in Salzburg. Diesen Aufwendungen stehen jedoch volkswirtschaftliche Kosten durch Umweltbelastung von schätzungsweise mehr als 30 Milliarden Schilling gegenüber. Obwohl man in Österreich seit Jahren von einer Tragung der Kosten für den Umweltschutz nach dem Verursacherprinzip spreche, werden hier — unterschiedlich von anderen sozialstaatlich orientierten Ländern wie Großbritannien, Schweden und Dänemark — mehr als die Hälfte der Umweltschutzausgaben nach dem Gemeinlastprinzip von der öffentlichen Hand getragen.

Angesichts des relativ hohen Industrialisierungsgrades und des hohen Anteils an umweltbelastender Grundstoffindustrie sei die Frage zu prüfen, ob nicht die Verursacher stärker als bisher zur Bestreitung der Umweltkosten herangezogen werden sollen, erklärte Dr. Moritz.

Voraussetzung dafür sei eine längerfristig konzipierte und stetige Umweltpolitik, deren Rahmenbedingungen rechtzeitig in das Entscheidungskalkül der betroffenen Unternehmungen eingehen können. Damit werden diesen Unternehmungen frühzeitige Anpassungs- und Ausweichreaktionen ermöglicht, denen auch eine öffentliche Förderung zuteil werden soll. Wie das Beispiel der Zellstoff- und Papierindustrie zeige, können Investitionen aus Anlaß des Umweltschutzes sehr wohl auch den Anstoß für Investitionen zur Überwindung vorhandener struktureller Schwächen geben.

Auch im Rahmen der Diskussion um das neue Wirtschaftsprogramm der Partei trete er für eine stärkere Orientierung der Wirtschaftspolitik ein, betonte Dr. Moritz.

Umweltziele, die Aufrechterhaltung lebensnotwendiger ökologischer Gleichgewichte, seien dem Marktsystem nicht immanent. Sie müßten

von außen, das heißt von der Gesellschaft, in das Wirtschaftssystem eingebaut werden. Dr. Moritz sagte weiter, daß zur Ergänzung der privatwirtschaftlichen Kostenrechnung eine gesamtwirtschaftliche Kostenrechnung und Buchführung entwickelt werden sollte, die auch die Umweltziele erfaßt. Dadurch wäre es möglich, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Umweltkontrolle auf die Kosten, den Stand der Beschäftigten und des Gesamtproduktes abzuschätzen.

Wissenschaftliche Untersuchungen beweisen, daß durch den Umweltschutz während der siebziger Jahre nicht nur bestehende Umweltbelas-

tungen abgebaut bzw. drohende Mehrbelastungen vermieden würden, sondern auch ein deutlich positiver Beitrag zur Beschäftigungssituation geleistet wurde.

AUCH WIRTSCHAFTSAKTOR

Eine vom Münchner IFO-Institut im Auftrag des BDI angefertigte Studie schätzt den positiven Nettosaldo der Umweltpolitik für die Bundesrepublik auf knapp 300.000 Arbeitsplätze pro Jahr. Der Beschäftigungseffekt der Umweltpolitik in modernen Industriestaaten dürfe sich demnach auf etwa ein Prozent des Erwerbspotentials belaufen. Damit ist der Umweltschutz zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor geworden.

„Diese auch ökonomisch positive Bewertung einer vernünftigen Umweltpolitik ermutigt, in Österreich bereits für die Jahre 1981 und 1982 energische Umweltschutzmaßnahmen in Angriff zu nehmen. Sie noch länger verzögern, hieße die Gefahr heraufbeschwören, daß ein fehlgeleitetes Wirtschaftswachstum an den durch die selbst heraufbeschworenen Umweltgefahren zu scheitern droht“, betonte Moritz abschließend.

Vor etwa einem Jahr konstituierte sich in der Sektion Josefau eine Gruppe der Jungen Generation der SPÖ. Die Initiative dazu ging in erster Linie von den Studenten des Hauses Paracelsus, einem der drei Studentenheime der WIHAST (Wirtschaftshilfe für Arbeiterstudenten), aus. In

kurzem der ehrenamtlich als Geschäftsführer tätige Hofrat Dr. Karl Schmidt aus. Die Sekretärin der WIHAST-Heime und die drei Heimreferenten — wie bisher gut entlohnt — erfüllen auch weiterhin in vollem Umfang die ihnen zugedachten Aufgaben.

Ein weiterer Punkt sind nach

Enttäuscht - verbittert!

Zusammenarbeit mit den Studententrätern der drei Heime (Humboldt, Merian, Paracelsus) wurden eine Reihe von politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Veranstaltungen durchgeführt.

Dennoch ist das Verhältnis zwischen der WIHAST und den Studenten seit Jahren sehr frostig. Die Forderungen der Bewohner der WIHAST-Heime auf soziale Heimpreise und Demokratisierung der Heime wurden auch auf der Bezirks- und Landeskongress der JG einstimmig angenommen.

Folgende Probleme erhitzen derzeit besonders die Gemüter der Studenten: Einmal ist hier der neue Geschäftsführer der WIHAST zu nennen, der, längst kein Student mehr, mit seiner Freundin kostenlos eine Garçonniere im Haus Humboldt bewohnt und in nächster Zeit in eine Wohnung im Haus Humboldt einziehen wird, für die zur Zeit fünf Student(innen) zusammen 6000 Schilling bezahlen, und der zusätzlich 3000 Schilling Entschädigung im Monat erhält.

Dieselbe Funktion übte bis vor

wie vor die Heimpreise. Angesichts der Tatsache, daß soziale Bedürftigkeit ein Aufnahmekriterium in ein WIHAST-Heim ist, und angesichts der nicht sehr arbeitnehmerfreundlichen Stipendienpolitik der Regierung sind Heimpreise bis zu 1350 S pro Person eine ungeheure finanzielle Belastung. Die Quadratmeterpreise liegen über 100 Schilling, wobei bis zu einem Drittel der Heimpreise für Abzahlung der Annuitäten herangezogen werden — also gerade diejenigen Studenten, die am dringendsten eine finanzielle Unterstützung bräuchten, müssen die Kredite für die Erbauung der Heime abzahlen. Eine weitere Heimpreissteigerung um 100 bzw. 150 Schilling pro Heimplatz ist für Herbst 1981 zu erwarten.

Weiters geht es um die Demokratisierung der Heime. Nachdem die Studenten in ehrlichem Engagement kleinste Verbesserungen und Mitbestimmungsrechte erreichen wollten, wurden ihre Vorschläge vom WIHAST-Vorstand fast zur Gänze niedergestimmt. Auch weiterhin haben die Stu-



dentent nicht das Recht, mitzubestimmen, wer neu, und nach welchen Kriterien in die Heime aufgenommen wird. Auch weiterhin kann jeder beliebige Heimbewohner über Nacht auf die Straße gesetzt werden, denn die Heimplätze werden in Form eines Prekariats (= Bittleihe) vergeben.

Daß die Studenten in den Heimen bereit sind, aktiv in den Heimgangelegenheiten mitzuarbeiten, haben sie bereits mehrfach unter Beweis gestellt. Wenn man sich sozialistische Studentenheime in anderen österreichischen Städten ansieht, etwa in Linz, Graz, Wien oder gar in Klagenfurt, wo Studenten ihre Heime selbst verwalten, darf es nicht wundern, daß die Studenten der WIHAST-Heime, von denen viele in der JG und auf der Universität politisch tätig sind, enttäuscht und verbittert über die Vorgangsweise der WIHAST sind.

Die JG Josefau und die WIHAST-Studenten hoffen auf Unterstützung ihrer Forderungen durch unsere Partei, damit in weiterhin guter Zusammenarbeit mit der Sektion Josefau Student(innen) für eine aktive Mitarbeit in der SP gewonnen werden, Veranstaltungen durchgeführt und eine sozialistische Jugendarbeit geleistet werden kann.

Junge Generation greift in Umweltdebatte ein

Die Trennlinie zu Apathie ist grün

SALZBURG. Vier Grundsätze destillierten sich nach einer bundesweit besetzten Wochenendtagung der Jungen Generation der SPÖ, die am Wochenende in Salzburg stattfand, aus den stundenlangen Debatten der siebzig Teilnehmer heraus. Als eine der entscheidendsten Schnittstellen zwischen politischer Unglaubwürdigkeit und dem Vermögen auf das Denken der Jugendlichen demokratischen Einfluß auszuüben, wurde nicht zum ersten Mal die Haltung zu Fragen des Umweltschutzes ausgemacht.

Das Prinzip der Vorbeugung, das von der Jungen Generation an die erste Stelle einer Umweltpolitik gestellt wurde, besagt, daß der Industrie im Namen der Arbeitserhaltung oder eines ominösen Wirtschaftswachstums keineswegs

ein Freibrief ausgestellt werden dürfe. Man könne danach nicht bedenkenlos investieren und dann abwarten, welche Folgeschäden die neuen Investitionen brächten. Neue Industrieunternehmen müßten vielmehr schon in der Planungsphase danach abgeklöpft werden, ob sie für ihre Umwelt schädigende, vielleicht sogar irreparable Folgen haben könnten.

Das Maximalschutzprinzip trennt zwischen dem Kalkül des Einzelunternehmens und der Überlegung der vom Kalkül des Einzelunternehmens betroffenen Menschen.

Hier soll in allen Fällen, in denen eine Gefährdung der Umwelt nicht ausgeschlossen werden kann, der Vorzug den Menschen und nicht der Rentabilität gegeben werden.

Das Verursacherprinzip, mehr verbal als faktisch strapaziert, ist bereits in das Vokabular der Alltagspolitik eingegangen, zählt aber ebenfalls zu den vorgeschlagenen Mitteln gegen die zunehmende Verschmutzung des Wassers und der Luft.

Schließlich birgt das sogenannte Kooperationsprinzip den Sprengstoff für künftige Auseinandersetzungen. Schlicht und einfach gesagt, sollen von Umweltschäden betroffene Menschen entscheidend mitreden können bei der Beseitigung der Folgen von Umweltschäden, ja die Folgen in ihrer letzten Konsequenz noch verhindern helfen.

„Wir brauchen einen starken Magen“

SALZBURG. Die Zwischenkriegszeit, die Jahre von 1918 bis 1938, zwanzig Jahre, die für das österreichische Proletariat eine Reihe von Errungenschaften brachten und schließlich mit der blutigen Niederwerfung durch den Faschismus endeten, diese zwanzig Jahre behandelte Josef Hindels in seinem Referat am Freitagabend vor der Jungen Generation.

Es waren vor allem drei Lehren, die Josef Hindels aus den Erfahrungen der Ersten Republik für die aktuelle Situation ableitete und die dann auch die Diskussion bis eine Stunde vor Mitternacht bestimmten. 1. Man soll den faschistischen Kräften rechtzeitig entgegengetreten und nicht zuwarten, bis es zu spät ist. 2. Sozialisten müssen anders sein, anders verwalten und sich auch anders verhalten als Konservative. 3. Der Kampf der Sozialisten ist mehr als nur Wahlkampf, er muß von

einer sozialistischen Moral und Gesinnung getragen werden und er muß auch innerhalb der Partei geführt werden.



Otto Bauers These „Was wir in der Partei brauchen, ist ein starkes sozialistisches Gegengewicht“ hat nach Hindels auch heute ihre Gültigkeit. Die Partei müsse gerade von der Jugend daran erinnert werden, daß das „S“ in SPÖ „sozialistisch“ bedeutet. Deshalb sei auch scharfe Kritik an Grundlosigkeit und Gesinnungslosigkeit innerhalb der Partei notwendig.

Josef Hindels warnte eindringlich davor, zu resignieren oder die Partei zu verlassen. „Als Sozialisten brauchen wir einen starken Willen und einen starken Magen. Denn da ist einiges, was wir hinunterschlucken müssen! Ich bin überzeugt, daß auf längere Sicht sich die Kräfte durchsetzen werden, die an den sozialistischen Grundsätzen festhalten und die über eine von der Geschichte täglich bestätigte Analyse des Kapitalismus verfügen.“ E. T.

Die Wohnungsnot der jungen Leute lindern

Startwohnungen in der Altstadt

Bei den Sozialisten Salzburgs gärt es: Ende 1980 konstatierten die aufgetragenen Mitglieder der Jungen Generation, daß mit den Startwohnungen noch nichts weitergegangen ist. „Da haben wir vor den Wahlen Tausende von Startwohnungsbrochüren verteilt, und jetzt, anderthalb Jahre nach der Wahl, da reichen die Finger aus, die fertigen Startwohnungen in Österreich zu zählen. Wozu, verdammt noch einmal, haben wir denn die Brochüren verteilt?“ Und mit dem nötigen Feuer unter dem Hintern rührte sich auch bei den Verantwortlichen etwas: Der Bundesvorstand der Jungen Generation faßte den Beschluß, die Einhaltung des Versprechens „Startwohnungen“ zu urgieren. Und bei einem Termin der jungen Sozialisten mit dem Bundeskanzler fand dieser den Vorschlag der Salzburger JG unterstützenswert, Startwohnungen und Altsanierung miteinander zu koppeln.

VON PAUL PIRKER

Erinnern Sie sich noch? 93:77:11 hieß es am Abend des 6. Mai 1979. Ein großer Tag für alle Sozialisten und Bruno Kreisky. Alle in der Partei hatten anstrengende Wochen hinter sich. Die Opfer beim Zettelaustellen, bei den Hausbesuchen, beim Überzeugen hatten sich gelohnt. Alle hatten mitgerackert. Auch, und ganz besonders, die jungen. Sie hatten viele Ideen eingebracht in den Wahlkampf, Ideen, die die Welt verändern ... ein bißchen wenigstens. Eine dieser Ideen, die auch Eingang in die Regierungserklärung fand, sollte mit dazu beitragen, die Wohnungssorgen von jungen Menschen, von jungen Familien zu lindern.

Die Zeit drängt also. Entweder wir packen es jetzt an, oder die Jungwähler 1983 hauen uns das „Versprochen und gehalten“ um die Ohren! **SALZBURGER VORSCHLAG**

In Salzburg haben die Sozialisten bei der Budgetbera-

lung des Gemeinderats den Vorschlag gemacht, die Stadt solle doch sanierungsbedürftige Altsiedelhäuser aufkaufen und damit lebenswerten Wohnraum schaffen. Bisher waren diese sanierungsbedürftigen Häuser immer ein Opfer der Spekulation. Kapitalkräfte, Großspekulanten haben gekauft, ausgehöhlt, Garçonnerien oder Luxuswohnungen hineinsaniert und dann an Kleinspekulanten gewinnträchtig weiterverkauft. Als Festspielappartements dienen unsere Altsiedelhäuser der österreichischen und bundesdeutschen Geldschickeria (Stroh-männer) als wertgeschätzte Geldanlage. Und wird eines dieser sanierten Appartements an Wohnungssuchende vermietet, dann zu einem Preis, der einem Normalverdiener nicht

gestattet, für eine eigene, größere Wohnung anzusparen.

Die Junge Generation schlägt nun vor, in spekulationsgefährdeten Altsiedelhäusern sollen die Stadtgemeinde oder Wohnbaugenossenschaften Startwohnungen installieren.

- Dies würde
- die Altstadt mit dem Zu-zug junger Leute beleben,
- dem Zweitwohnungsbau zumindest in der Altstadt ein Ende bereiten,
- ein Mosaikstein bei der Lösung der Salzburger Wohnungsprobleme sein,
- gerade jungen Leuten bzw. jungen Familien mit wenig Geld die Wohnungsgegenwart erleichtern und einen günstigen Start in einen menschenwürdigen Wohnungszukunft ermöglichen,
- der SPÖ die Einlösung eines Wahlversprechens bringen,
- eine mittelfristige Wohnbauplanung erleichtern.



Veronika Garber (27), kaufmännische Angestellte:



Wolfgang Radlegger (34), Landespolitiker:



Anita Pirker (36), Kommunalpolitikerin:

„Startwohnungen finde ich eine gute Forderung der Jungen Generation, um jungen Familien die Schaffung eigenen Wohnraumes zu erleichtern. Ich stelle mir da nicht so sehr Standardwohnungen vor, sondern Kleinwohnungen mit Gemeinschaftsräumen. Diese Idee ist ja nicht neu, haben doch schon die Architekten der berühmten Wiener Gemeindebauten des roten Wien der Zwischenkriegszeit aus der Wohnungsnot eine Tugend gemacht: Kleinwohnungen mit Gemeinschaftsräumen wie Spielräume, Aufenthaltsräume, Küchen, Waschküchen usw. Gerade in der jungen Generation ist ein Trend zum Gemeinschaftsleben sichtbar, dem man hier Rechnung tragen kann. Startwohnungen dieses Stils könnte ich mir in den Häusern der Altstadt denken, die von der Stadt oder von gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften angekauft und zu diesem Zweck saniert werden müßten.“

Startwohnung: Was ist das?

Eine Wohnung, die junge Leute ohne große Schwierigkeiten sofort beziehen können. Sie soll billig sein (Miete ca. 10 \$/m²), und man soll in ihr drei bis sechs Jahre wohnen können, bis man das Geld für eine „richtige“ Wohnung beisammen hat. Das heißt, man soll sich problemlos neben der Miete das Ansparen einer Wohnung leisten können. Die Startwohnung soll mit einem Ansparrvertrag gekoppelt sein.

dern: die Idee von den Startwohnungen.

Und die zur Idee gehörende Startwohnungsbrochüre, die die Jungen vor der Wahl verteilten, schloß mit den Worten: Bundeskanzler Dr. Kreisky und Bauminister Moser haben versprochen: Wenn die SPÖ wieder die Regierung stellt, gibt's bald die ersten Startwohnungen. Und die SPÖ hält, was sie verspricht. Jetzt kommt es darauf an, ihr auch die Möglichkeit dazu zu verschaffen. Ihre Stimme für die SPÖ ist auch eine Stimme für den Bau von günstigen Startwohnungen.“

Mit unserer Freiheitskämpfer, aber der Waffengang um Österreich war bereits verloren, bevor er gegen Kanonen und Panzerwagen begann. Kein Wunder, daß der „Bundesstaat Österreich“ schon im März 1938 durch die deutsche Wehrmacht besetzt wurde. Nun löste der Nationalsozialismus die Gewaltherrschaft des Austrofaschismus ab.



Wir haben — die „Alten“ und die „Jungen“ — unseren 65 Jahre jungen Genossen Josef Hindels aus Wien als Referenten zu uns geholt, damit er uns die „Zwischenkriegszeit“ aus ureigenstem Erleben vor Augen führen soll. Mögen zunächst auch so manche altbewährte Genossen Bedenken angemeldet haben, weil wir den treuesten Bewahrer unserer unabhängigen Grundsätze, den begabtesten Sozialisten, den wir in unseren Reihen haben, nach Salzburg rufen, so wissen wir — gerade im Jahr der 100. Wiederkehr des Geburtstages Otto Bauers! — warum:

Nie wieder Krieg — nie wieder Faschismus — Vorwärts auf dem Weg zur sozialen Demokratie durch den demokratischen Sozialismus!

Theodor Rudolf Salvator

Josef Hindels morgen Freitag (20 Uhr) JG-Gast im Sternbräu:

Die erlebte Zwischenkriegszeit

Am 23. September 1980 veranstaltete die JG im Rahmen der Woche der SPÖ der Sektionen „Gen-Parsch-Rennbahn“ einen Informations- und Diskussionsabend zum Thema „Faschismus gestern und heute“. Fast alle der 120 Teilnehmer sprachen den Wunsch aus, noch mehr und Näheres über die Geschichte unserer Partei zu erfahren, die unsere Väter, unsere Väter und Väter miterleben mußten. Denn Informationsfluß zwischen den Generationen wird von unseren jungen Freunden als unzu- reichend empfunden.

Nur zu bald werden die „Jungen“ den „Alten“ vor, diese hätten bei der Bewegung vor und nach dem Brand des Justizpalastes im Jahr 1927 und ebenso im Februar 1934 — ganz zu schweigen von den Märztagen 1938! — gesagt. Und ebenso neigen manche unserer älteren Genossen allzu schnell dazu, den „Jungen“ mangelndes Einfühlungsvermögen vorzuhalten.

Grund genug, daß sozialistische Einheitskämpfer und die Junge Generation hier in Salzburg ein Übernehmen herstellen, um die Erfahrungen und das Wissen von der Zeit zwischen 1918 und 1938 zu vermitteln:

Das Entstehen unserer Ersten

Republik nach dem Zusammenbruch der morsche Monarchie im Herbst 1918 vollzog sich dank der Stärke unserer Arbeiterbewegung geradezu gewaltlos. Und die Wahlen im Februar 1919 — erstmalig besaßen auch die Frauen das Wahlrecht! — brachten unserer Partei 41, den „Christlich-Sozialen“ 38 und den „Deutsch-Nationalen“ 18 Prozent. Nun konnten unsere Genossen den Achtstundentag, das Verbot der Nachtarbeit von Frauen und Jugendlichen, einen Ruhetag in der Woche, einen bezahlten Zweiwochenurlaub jährlich, das Betriebsrätegesetz und die Errichtung von Arbeiterkammern durchsetzen. Doch schon im Mai 1920 zerbrach die „rot-schwarze“ Koalition bezeichnenderweise an der parlamentarischen Wehrgesetzdebatte, weil die Arbeiterschaft für ein Milizsystem eintrat, während die Konservativen und die Deutsch-Nationalen ein Berufsheer forderten. Die Reaktion schuf sich so ein Machtinstrument für die „nächste Zukunft“.

Unsere Abgeordneten mußten sich in der Folge auf Bundesebene mit der Oppositionsrolle abfinden. Und nur dort, wo die klassebewußte Arbeiterschaft für die eindeutige Mehrheit in den Gemeindestuben und in den Land-

tagen sorgte, konnten unsere Mandatäre alles das erreichen, was uns selbst heute noch wie ein Wunder vorkommt. In den „roten Gemeinden“ Österreichs wurden musterhafte soziale Einrichtungen geschaffen.

Der „Austromarxismus“ wurde damit zum Vorbild. An seiner Spitze stand damals Otto Bauer, die größte intellektuelle und politische Kapazität nach Victor Adler. Bauers parlamentarisches Wirken, seine theoretischen Beiträge und sein Anteil am Zustandekommen des „Linzer Programms“ von 1926 machten ihn zuletzt für die Größe unserer Partei, aber auch für ihr bitteres Ende verantwortlich.

Geregelte Arbeitszeit, Wohnungen für Proletarier (!) und ein besseres Leben „für dieses Gelande“ — alles das mitten in einer schweren Krise des kapitalistischen Systems! — riefen die Reaktion auf den Plan.

Aristokraten, Banker und „Christlich-Soziale“ stellten nach den Vorbildern in Italien und Deutschland bewaffnete Banden auf und benützten 1932 einen unbedeutenden — weil heilbaren — Verfahrensfehler im Parlament, von nun an mit Notverordnungen zu regieren.

Die Februartage 1934 bewiesen zwar den geradezu verzweifelten

TAGBLATT: Im ersten Teil des Gesprächs am vergangenen Freitag vor 14 Tagen haben wir einige grundsätzliche Probleme bei der politischen Jugendarbeit angesprochen. Dabei hast du den Basisinitiativen, den „Grünen“ sehr viel Positives eingeräumt. Worin siehst du den Unterschied zwischen einem Engagement in einer Basisinitiative und einem Engagement in der JG?

PIRKER: Ich will mich hier auf die Formulierung eines Unterschiedes beschränken: Die Initiativgruppen können sich auf eine genau umrissene Aufgabe stützen; eine politische Jugendorganisation wie die JG muß sich von ihrem Anspruch her mit allem und jedem befassen, was in den Bereich politischer Entscheidungen

Die JG und die junge Generation

schäftes mit Chile zwingt uns auch zum Nachdenken, wie die Steyr-Werke ihre Produktion von Mordwerkzeugen auf nützlichere Produkte umstellen können, wenn Arbeitsplätze nicht verlorengehen sollen.

TAGBLATT: Das sind schöne Worte, aber wie setzt die JG diese Absicht in konkrete politische Arbeit um? Leidet nicht eure politische Schlagkraft unter eurem Anspruch, überall mitreden zu wollen? Ist nicht die daraus folgende Oberflächlichkeit vieler eurer Initiativen entmutigend für euch?

PIRKER: Die Gefahr, daß uns angesichts der vielen Probleme, die wie angehen, häufig die Luft ausgeht, war bei uns Anlaß zu endlosen Diskussionen. Wir glauben jetzt, einen Ausweg gefunden zu haben: Wir haben die stolze Zahl von 30 Arbeitsbereichen geschaffen. Diese auf den ersten Blick große Zahl trägt einerseits der Fülle von Problemen Rechnung, denen wir uns stellen, und ist andererseits der Versuch, die vielen JG-Mitarbeiter, die als politische Kartelleichen ihr JG-Leben fristen, zu einer Mitarbeit an konkreten Dingen zu ermuntern. Drittens funktioniert eine gedeihliche Arbeit am besten in kleineren Gruppen, und viertens hat jeder JG-Mitarbeiter seinen Beruf und kann nicht in jedem politischen Bereich gleich gut eingearbeitet sein. Ich erhoffe mir

von den Arbeitsbereichen eine Aktivierung der JG-Mitarbeiter, die keine Funktion in irgendwelchen JG-Gremien haben und eine Aktivierung von kritischen jungen Leuten, die sich Gedanken machen, sie aber bisher noch nicht politisch umzusetzen versucht haben. Wir wollen hiermit die Überschaubarkeit und Arbeitsweise einer Basisinitiative verbinden mit dem gesamtpolitischen Anspruch der JG.

TAGBLATT: Kannst du exemplarisch einen Arbeitsbereich herausgreifen?

PIRKER: Ja, die Arbeitsbereiche „Wirtschaftspolitik“ und „Umweltschutz“ bereiten gerade ein gesamtösterreichisches Seminar zum Thema „Arbeitsplatzsicherung und Umweltschutz“ vor. Anhand von Salzburger Beispielen wollen wir die Problematik aufarbeiten. Viele Betriebe, die Wasser und Luft bedrohlich verschmutzen, argumentieren nämlich gegen schärfere Umweltschutzbestimmungen mit der Drohung, daß dadurch die Arbeitsplätze in Gefahr geraten. Dieses Seminar wird Anfang März stattfinden.

Oder der Arbeitsbereich 3. Welt überlegt sich, wie man den alten JG-Vorschlag verwirklichen kann, wonach Salzburger Gemeinden als Partnerstädte mit Gemeinden eines Entwicklungslandes dort kommunale Projekte fördern sollen.

TAGBLATT: Ihr arbeitet doch auch in der Kommunalpolitik in den einzelnen Gemeinden mit. Bleiben bei so viel politischen Engagement nicht der Spaß und die Erholung in der Freizeit auf der Strecke?

PIRKER: Das Engagement in den Gemeinden ist sicher wichtiger als in den einzelnen Arbeitsbereichen. Deshalb ist auch die momentane Überlastung der aktiven JG-Mitarbeiter recht groß. Ich verspreche mir aber von den jetzt anlaufenden Arbeitsbereichen eine gewisse Entlastung.

Und was den Spaß in der Freizeit betrifft, so bleibt er derzeit für mich persönlich schon auf der Strecke; aber zu jammern wäre verkehrt, ich hab' ja JG-Vorsitzender werden wollen. Doch die JG als Gruppe von lebenslustigen jungen Leuten kümmert sich auch um sportliche Aktivitäten und macht auch Unterhaltungsveranstaltungen. Im Pinzgau veranstaltet die JG ein Skirennen, und in der Stadt findet im April ein JG-Fußballturnier statt. Fünf-Uhr-Tee-Tanzveranstaltungen, Bälle und Ausflüge sind aus den Aktivitäten der JG genauso wenig wegzudenken wie die Ferienzeitleger im Sommer, heuer am Ossiacher See. Also, du siehst, wir bekommen keinen politisch verbiterten Zug um die Mundwinkel!

Mit dem Landesvorsitzenden der JG sprach Manfred Schlitzer.



gen fällt. Und was, bitte, hat nicht irgendwie mit Politik zu tun? Weil alles mit allem zusammenhängt, machen wir uns auch Gedanken über die Folgen von politischen Initiativen. Eine Bürgerinitiative gegen den Bau von Wohnungen im bisherigen Grünland, das sicherlich erhaltenswert ist, bringt eben eine Anzahl von meist jungen Menschen um eine neue Wohnung. Oder unser Erfolg bei der Ablehnung des Panzerge-

30. 1. 81

JUNGSEIN IN SALZBURG Junge Generation und JG

Der Landesvorsitzende der „Jungen Generation in der SPO“, Paul Pirker, ist nun seit neun Monaten in Amt und Bürden. Anlässlich des Jahresbeginns führte Manfred Schlitzer für die „Jungsein“-Rubrik des „Salzburger Tagblattes“ mit ihm folgendes Gespräch über die grundsätzlichen Probleme der aktiven jungen sozialistischen Parteimitglieder mit der politischen Jugendarbeit. Im abschließenden 2. Teil dieses Gesprächs am kommenden Freitag wird der JG-Vorsitzende auf die konkreten Vorhaben der JG im neuen Jahr eingehen, heute auf die allgemeinen Voraussetzungen.

TAGBLATT: Umfrageergebnisse haben den politischen Jugendorganisationen ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Ihr Bekanntheitsgrad bei den Jugendlichen ist nicht optimal, und vertreten von euch fühlen sich auch recht wenige außerhalb eurer Organisation. Die Mitgliederzahlen am Papier schlagen sich nicht entsprechend in Aktivitäten nieder. Liegt dies an der Unattraktivität der Partei bei der Jugend oder an der Unattraktivität der Jugendorganisationen selbst?

PIRKER: Der Konkurrenzkampf der politischen Parteien in der Öffentlichkeit trifft vor allem die jungen Leute sehr unvorbereitet. Frei nach Nestroy haben sie den Eindruck, „da streiten sich die Leut' herum, wohl um den Wert des Glücks (der Gesellschaft)“. Am Ende gibt es wieder den Jahresbericht der gesetzgebenden Körperschaften mit 95 Prozent einstimmiger Beschlüsse. Bei jungen Menschen entsteht so der Eindruck der Doppelzüngigkeit der Politiker: „Was geht uns die Politik an, zuerst streiten sie, dann vertragen sie sich eh wieder!“ Poli-

tische Konflikte scheinen Streitereien von ein paar Großkopfertieren zu sein.

Die wenigsten jungen Leute haben in ihrem Leben die Erfahrung gemacht, daß Interessenkonflikte auch ausgetragen werden können, ohne daß einer der anderen beherrscht. Es hieß für sie meist nur parieren. Wo pariert wird, dort scheint Harmonie und Sicherheit zu herrschen; die geschlossene Einigkeit einer Militärparade ist für viele Anschaffer Vor- und Weltbild. Einige wenige Leute verlassen diese „geschlossene Gesellschaft“, sie flippen aus in die Drogenzene, oder sie flippen ein in die „neue Innerlichkeit“ eines biologischen Bauernhofes, einer Selbsterfahrungsgruppe und dgl. Das Gros der Jugend aber marschiert unter den Kommandos „Brav sein!“ und „Rechts schaut!“ wacker mit, schweigt und liest Kronen-Zeitung. Eine allzu kleine Anzahl, die JG zählt sich auch dazu, probiert in den Marschrhythmus unserer Gesellschaft auch hin und wieder einen Dreivierteltakt hineinzubringen, zum Entsetzen aller Paradebürger.

Die Hauptschwierigkeit bei der politischen Jugendarbeit besteht also darin, den jungen Leuten die oft verschleierte Interessenkonflikte aufzuzeigen und auch die Wege, wie man die Konflikte im Interesse der Jugend und einer sich weiter entwickelnden Gesellschaft lösen kann. Das Schweigen, Nichtstun und Privatisieren nützt nur den-

jenigen, denen man, wenn man dem allgemeinen Raunzen glauben darf, eigentlich nicht nützen will.

TAGBLATT: Und wem will die JG nützen?

PIRKER: Man kann hier nicht einfach antworten den Armen oder dem Kreisky oder der SPO. Die Struktur unserer Gesellschaft ist nicht aus starren Elementen zusammengesetzt. Da gibt es die widersprüchlichsten Tendenzen, bei denen nie von vornherein feststeht, welche sich durchsetzen werden. Mit seinem Engagement nützt man jenen Tendenzen, die man für gut und richtig hält. Passiver Beobachter oder nicht einmal Ignorierer sein nützt den Tendenzen, die man für schlecht hält. Akzeptiert man diese Feststellung, so muß man wohl oder übel Partei ergreifen.

TAGBLATT: Partei ergreifen heißt für dich offenbar Mitarbeit in der Sozialistischen Partei. Was ist mit den anderen jungen Menschen, die sich außerhalb der SPO engagieren und auch Partei ergreifen?

PIRKER: Die SPO als österreichische Arbeiterbewegung verkörpert für mich einen Großteil der vorhandenen positiven Tendenzen in unserem Land. Dies begann im vorigen Jahrhundert mit dem Kampf für ein menschenwürdiges Leben der Ausgebeuteten, im 20. Jahrhundert trat die Arbeiterbewegung als einziges Bollwerk gegen den

Austro- und Nazifaschismus auf, und nach dem Krieg sind eigentlich alle gesellschaftspolitischen Fortschritte von den Sozialisten ausgegangen. Darüber hinaus nützen einem die besten Ideen nichts, solange man nicht versucht, sie politisch durchzusetzen.

Die Regierungsübernahme der SPO 1970 nahm der Arbeiterbewegung etwas von ihrem Quasimonopol auf den Fortschritt. Die Sicherheit der Arbeitsplätze — eigentlich die Existenzgrundlage und Existenzberechtigung der SPO — schafft natürlich Umweltbelastungen, über deren Gefährlichkeit man zunehmend Bescheid weiß. Umweltschutzgruppen und Anti-AKW-Gruppen sind entstanden. Die Ausbeutung und Not der Dritten Welt fordert auch in Salzburg zunehmend ein Engagement der jungen Menschen heraus. Die Arbeiterbewegung, die ja die Erfinderin der internationalen Solidarität war, weiß bis heute keine überzeugende Abhilfe; zu sehr baut unser Wohlstand auf der Ausbeutung der Dritten Welt auf. 3.-Welt-Solidaritätsgruppen werden immer zahlreicher, wobei erstmals die Kirchen seit langer Zeit wieder einmal eine positive Rolle in unserer Gesellschaft spielen. Und die in unseren Programmen vorgesehene Emanzipation der Frau bekam halt in unserer politischen Praxis auch nicht ihren Anspruch erfüllt. Autonome Frauengruppen bildeten sich. Die Landschaftsschützer, die Bürgerinitiativen, die Selbsthil-

fegruppen und dergleichen haben so eine Wurzel. Daneben gibt es noch die meiner Meinung nach bedenklichen „Floriani-Gruppen“ (Verschon das eigene Haus, zünd' das des Nachbarn an!); aus der Entstehungsgeschichte der Salzburger Bürgerliste ist dieser Faktor nicht wegzuleugnen.

TAGBLATT: Du meinst, die JG kann die positiven Tendenzen dieser Gruppen in die Arbeiterbewegung einbringen?

PIRKER: Ich betrachte die meisten dieser Umweltschutzgruppen, Drittweltgruppen und sonstigen Basisinitiativen als Sozialisten, derzeit außerhalb der Arbeiterbewegung. Diese Umarmung verstehe ich als Verneinung, oder besser gesagt, als Kompliment. Die Gründe, weshalb viele von ihnen dieses Kompliment gar nicht als solches aufpassen, haben mehrere Wurzeln: Zum einen gibt es bei uns in der SPO Erscheinungen, die so gar nicht in die Idealvorstellungen von einer Arbeiterbewegung passen, beispielsweise die mancherorts vorhandene Verquickung von Politik und Geschäft. Nur weil irgendein Schlitzohr die Vermarktbarkeit der Solidarität unter den Sozialisten für den eigenen Vorteil entdeckt und 25 Schilling im Monat in seine Geschäfte investiert hat, sieht sich die Partei gezwungen, sich hinter das Schlitzohr zu stellen. Der Alternativler hält dann das Schlitzohr für die Partei.

Ich glaube, die JG kann die Kraft sein, die das „rote Potential“ der Grünen in die Arbeiterbewegung hineinragen kann, und die andererseits die Basisinitiativen durch eine Mittlerrolle zu den Politikern und zur arbeitenden Bevölkerung auf wirksamere und realitätsbezogenere Vorgangsweisen aufmerksam machen könnte.

Beispiele in unserem Nachbarland („Instandsetzungen in Berlin“) haben wieder einmal eindeutig bewiesen, daß kaum ein anderes Problem für junge Menschen eine derart vorrangige Bedeutung einnimmt, wie das Wohnungsproblem. Dieses Problem ist weder durch individuelle „Geschicklichkeit“ bei der Erlangung einer Wohnung — wer kennt den einflußreicheren Politiker bzw. wer ist bei der richtigen Partei — noch durch rein quantitative Maßnahmen zu lösen. Hier sind strukturelle Maßnahmen notwendig, die zweifellos — wenn sie langfristig Erfolg haben sollen — vor allem die Profitorientierung aus dem Wohnungswesen eliminieren müssen.

Die Fakten zur Wohnungssituation in Salzburg sind bekannt und sie werden auch in der Öffentlichkeit grundsätzlich nicht mehr bestritten: Es gibt viele leerstehende Wohnungen (Zweitwohnungen), nicht genutzte Wohnungen (Büros, Lagerräume, Geschäfte), Eigentumswohnungen, die so teuer sind, daß sich diese nur „wenige Auserwählte“ leisten können, einen nur in Ansätzen bestehenden kommunalen Wohnbau, eine kaum funktionierende Althausanierung, äußerst gut verdienende Immobilienmakler und und und usw.

Dem gegenüber stehen ca. 5000 amtlich vorgemerkte Wohnungs-

suchende, darunter mehr als 3000 Dringlichkeitsfälle. Das sind Personen, die keine Erbschaft gemacht haben. Was die meisten Wohnungssuchenden jedoch besitzen, sind Kinder. Und in Salzburg macht nicht umsonst das Sprichwort die Runde, daß Familien mit Hund leichter eine Wohnung finden, als Familien mit Kindern: Kinder sind nicht erwünscht!

Streitpunkt in der Öffentlichkeit ist nicht die Tatsache, daß Wohnungen gesucht und Wohnungen wiederum leerstehen, sondern die Frage der Anzahl. Dies ist eine besondere Form von Zynismus, zu glauben, sich erst bei einer gewissen Anzahl von Wohnungssuchenden bzw. leerstehenden Wohnungen mit dieser Frage auseinanderzusetzen zu können. Oder zu glauben, daß dieses Problem bei mehr Eigentumsbildung (OVP) verschwindet. Strukturelle Maßnahmen sind hier notwendig. In diesem Sinn hat sich die Junge Generation in der SPÖ seit Jahren mit diesem Thema beschäftigt und ein „wohnungspolitisches Konzept“ erarbeitet.

Die Wohnung darf keine Ware sein!

Wenn man bedenkt, daß die

Zahl derer, die in Salzburg eine Wohnung suchen, eher steigen als sinken wird und, sollte man Politikerstimmen glauben, in der Stadt Salzburg kaum mehr Wohnungen gebaut werden können, so kann man hier kaum noch von einem Wohnungsproblem sprechen. Müßte man nicht bereits vorsichtig das Wort „Wohnungs-



not“ in den Mund nehmen? Strukturelle Maßnahmen können auch noch „5 Minuten vor 12 Uhr“ etwas ändern. Es ist „5 Minuten vor 12 Uhr“. In diesem Sinn wollen wir daher unser kurz- wie langfristiges Forderungsprogramm zur Wohnbaupolitik verstanden wissen und alle einladen, dies zu unterstützen.

STARTWOHNUNGEN

Eine Wohnung, die man ohne große Schwierigkeiten gleich beziehen kann, die billig ist und in der man bleiben kann — drei bis

fünf Jahre —, bis man das Geld für eine große „richtige“ Wohnung beisammen hat. Eine Wohnung, die so billig ist, daß man sich problemlos neben der Miete auch das Ansparen einer Wohnung leisten kann (denn Startwohnungen sollten mit einem solchen Ansparvertrag gekoppelt werden). Landesrat Radlegger hat diese unsere Idee aufgegriffen, jetzt werden in Hallein die ersten Startwohnungen fertig. Wenn die JG hart am Ball bleibt, wird das Halleiner Beispiel sicher Schule machen.

● Begrenzung der Wohnkosten auf maximal 20 Prozent des Familieneinkommens.

● Gemeinnütziger und öffentlicher Wohnbau (Gemeindewohnungen) ist gegenüber dem privaten Wohnbau zu bevorzugen.

● Mehr öffentliche Mittel für die Wohnbauförderung.

● Umfassende Reform des Mietengesetzes, welches neben dem Ausbau des Mieterschutzes die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen sicherstellen soll.

● Besteuerung der unbegründet leerstehenden Wohnungen und Zweitwohnungen. Die Einnahmen davon sind der Wohnbauförderung zur Verfügung zu stellen.

● Verbot der gewerblichen Wohnungsvermittlung und Schaffung einer öffentlichen Wohnungsvermittlungsstelle, der alle verfügbaren leerstehenden Wohnungen zu melden sind: Keine Ablösen und Provisionen.

● Keine Bodenspekulationen auf dem Rücken der Wohnungssuchenden: Anwendung des Bodenbeschaffungsgesetzes für Salzburg!

● Schaffung und Förderung von Wohnungen für alle Lebensformen, sowie bessere Versorgung mit Kommunikations- und Dienstleistungseinrichtungen.

● Startwohnungen in der Stadt Salzburg: Altstadt.

Unsere Forderungen und Vorstellungen können hier nur bruchstückhaft und in Schlagworten wiedergegeben werden. Erscheinen ihnen daher unsere Vorstellungen unvollständig oder unrichtig zu sein, glauben Sie zur Diskussion etwas beitragen zu können oder wollen Sie sich von uns und von Bürgermeister Dipl.-Ing. Josef Reschen informieren lassen, so laden wir Sie herzlich ein, heute zu unserer Veranstaltung, bei der wir leider keine Wohnungen vergeben können, zu kommen.

Bürgermeister Dipl.-Ing. Josef Reschen
„Wohnen in Salzburg“
Sternbräu, Griesgasse,
Beginn: 20 Uhr

Radikale Wohnungspläne

Leserbrief zu SN, 18. Februar 81, zumindest ansatzweise beheben S. 6: „Einige Liebhäuser durchs mit dem radikalen Weg.“ Herr Kuitl über eine Veranstaltung der Jungen Generation in der SPÖ oder Herrn Kuitls durchaus radikaler Weg. Auch Herr Kuitl dürfte mittlerweile die akute Wohnungsnot in Salzburg bekannt geworden sein. Immerhin führt er in seinem Artikel an: In der Landeshauptstadt gibt es 4000 Wohnungssuchende, davon etwa 3000 unbedingt so sein müßte, hat Herr Kuitl zwar bemerkt — es gibt in Salzburg gleichzeitig etwa 3000 unbegründet (!) leerstehende Wohnungen — Schlupflöcherungen, diesen Übelstand zu beseitigen, hat Kuitl jedoch keine gezogen. Im Gegenteil: Diejenigen Forderungen der Jungen Generation, die diese Wohnungsnot

1. Begrenzung der Wohnkosten auf maximal 20% des Familieneinkommens. Kuitl: „Zwangsbeglückung nach bstlichem Vorbild.“ Offenbar hat Herr Kuitl selbst keine Wohnungssorgen, sonst müßte ihm bekannt sein, daß es eine gar nicht kleine Anzahl von Familien gibt, denen allein das Wohnen beinahe alles Geld wieder aus dem Lohnsäckel zieht.

2. Besteuerung von unbegründet (!) leerstehenden Wohnungen. Kuitl: „Die leerstehenden Wohnungen wären nur durch jahrelange Konsumverzicht zustande gekommen.“

Offenbar ist Herr Kuitl gerade dabei, sich selbst durch Konsumverzicht günstige Spekulationsobjekte anzuspüren. Daß es in Salzburg 3000 dringende (!!!) Fälle Obdachsuchender gibt, wißt Kuitl solchermaßen unter den Tisch.

3. Verbot der gewerblichen Wohnungsvermittlung. Kuitl: „Wohnungsmakler betreiben einen gewissen Bedarf.“ Herr Kuitl, dies nenne ich zynisch. Wohnungsmakler verdienen in Salzburg jedes Wochenende, ohne sich allzusehr anstrengen zu müssen, aus der (Wohnungs-)Not anderer Menschen einige Millionen. Daß mit der Schaffung einer öffentlichen Wohnungsvermittlungstelle der Bedarf auch gedeckt werden könnte, haben Sie gellssentlich verschwiegen.

Ich nenne Ihren Weg durchaus radikal. Radikal zugunsten jener, die sich aus der Not anderer Menschen bereichern.

Thomas Weidenholzer,
5020 Salzburg, Moosstraße 76

Salzburger Nachrichten

Auf Jugend nicht vergessen



Auch für die Jugend und ihre Probleme hat Sozialminister Alfred Dallinger in seinem Programm nicht vergessen. So werden zum Beispiel jährlich 100 Millionen Schilling für die Förderung von Lehrwerkstätten ausgegeben. Aus den vermehrten Einnahmen aus Quellensteuer und dem Anheben der Steuer für Höchsteinkom-

men sollen die Annullitätszuschüsse bei der Schaffung von Wohnungen besonders für junge Leute erhöht werden. JG-Bezirksobmann Jacky Maler sicherte den zahlreichen Stammtischgästen im „Stern“ zu daß die JG auch weiterhin ein „kritisches Gewissen der Partei“ sein werde.

Foto: JG

Dienstag, 10. März 1981

SALZBURG HEUTE

Farbenspiel

Fische, mit dem Bauch nach oben, Gasgetümmel, in dem Schwefel, Kohlenstoff und ein paar Futzerl Sauerstoff um die Vorherrschaft ringen, verstümmelte Embryos, radioaktiv noch vor dem eigentlichen Leben, ausgestattet: die Vision in Schwarz, gestaltet von den Grüngrünen.

Rauchende Schlote, die friedlich nichts anderes als weithin sichtbare Symbole des allgemein über die Menschheit hereingebrochenen Wohlstandes sind, sogenannte Bausünden der Großväter, die sich jetzt noch als Ursache verspäteter Arbeitsplatzsicherung erweisen, weil man sie jetzt nicht mehr leiden kann, bössartige Natur, gezähmt in humanem Beton. Das ist das öfters zu sehende Negativ desselben Bildes.

Zerrissen zwischen Wahrnehmung und Glauben, beginnt vor allem die Jugend zu zweifeln. 61 Prozent der 14- bis 19jährigen halten Politiker für Menschen, die zuvörderst an sich selber denken.

Immerhin 38 Prozent rechnen höhere Beamte, die offiziellen Träger der Verwaltung, für verkappte Gauner.

Mehr Jugendliche aber, nämlich 61 Prozent, wünschen mehr Mitbestimmung in der Stadt- und Regionalplanung. 48 Prozent von ihnen finden, sie sollten die Finger in die undurchschaubaren Geschäfte der Wohnungspolitik hineinhalten und die scheurigen Tatsachen ans Licht der Welt zerren.

Wenn die Junge Generation der SPÖ scheinbar linke Sprüche klopft, um den Kontakt zur vorhandenen Jugend — eine andere haben wir nicht — zu knüpfen, weiß sie sicher, wovon sie auszugehen hat. Vom Verdruß, vom Angefressensein mit dem, was sich da so großartig als verantwortlich für Politik gebiert, vom gleichzeitig erfahrbaren Mangel an Erfolgserlebnissen, die das Leben so qualitativ verändern sollen und vom Wissen, daß an der anderen Ecke schon Feinde der Demokratie warten, die alles immer schon besser gewußt haben und auch wissen, wie man es besser macht.

Umweltpolitik ist heiß. Sie muß Sprache für gesellschaftliche Änderungen, für den Konflikt, schaffen. Sie muß die Taten setzen, die eine ausmachbare Minderheit davon abhalten, für die Mehrheit handeln zu können und von der Mehrheit noch einmal die sprachlose Zustimmung durch das enttäuschte Schweigen zu erhalten.

Karl Thamesl

Montag, 29. Dezember 1980

SALZBURG HEUTE

Vorurteile

Ganze 2,5 Prozent aller österreichischen Wehrdiensttauglichen sind 1979 als Zivildienstler anerkannt worden. Seit 1975 gibt es 11.000 anerkannte Wehrdienstverweigerer, wovon 3000 aus dem „gesetzlosen“ Zustand vor dieser Zeit stammen.

Wer nun glaubt, die Zivildienstler könnten zu einer Gefährdung der Rekrutierungsbasis für das Bundesheer werden, dem sei in Erinnerung gebracht, daß die Musterungsoffiziere in ganz Österreich derzeit freiwillig auf nicht weniger als 42.000 Wehrdiensttaugliche verzichten, die aus den verschiedensten Gründen „zurückgestellt“ sind. Die Aderlaß-Theorie stimmt also nicht, das Heer wird gewiß nicht durch die Zivildienstler in Personalnot geraten. Es kann sich bei der Musterung sogar strengere ärztliche Kontrollen als früher leisten.

Das noch häufigste Vorurteil gegen Wehrdienstverweigerer ist die Drückeberger-Theorie. Doch die hält erst recht keiner näheren Überprüfung stand. Ein Drittel der Zivildienstler machten beim Roten Kreuz verantwortungsvolle harte Arbeit, ein weiteres Drittel im Krankenpflege-dienst, der alles andere als eine bequeme „Hackn“ ist. Und was die Arbeit in der Jugendbetreuung betrifft, so merkte dazu Innenminister Erwin Lanc jüngst an, daß es in einem Wiener Jugendzentrum mitunter gefährlicher zugehe als beim Bundesheer...

Noch immer gibt es nicht genügend Trägerorganisationen für das Abdiene des Zivildienstes. Diese Trägerorganisationen zu benennen und anzuerkennen ist Sache der Länder. Deshalb hat nun die Junge Generation der SPÖ Salzburg daran erinnert, daß bei der Salzburger Landesregierung mehrere Ansuchen von entwicklungspolitischen Institutionen und Trägern von Jugendbegegnungsstätten liegen, die auf eine Anerkennung als Zivildienstträgerorganisation warten. Was zur Linderung schmerzlicher Personalprobleme führen würde.

Die Anerkennung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer wäre also mehr als die nachdrückliche Respektierung der Gewissensfreiheit einer pazifistischen Minderheit, sondern darüber hinaus ein sozialer Impuls, der, wie gesagt, im Ermessen des Landes liegt. Haslauer's Tiroler Kollege Eduard Wallnöfer hat da zum Beispiel bereits Großzügigkeit bewiesen. Freilich macht man sich bei den ewigen Kriegern im Kameradschaftsbund keine neuen Freunde. Das kann doch aber wohl nicht das entscheidende Kriterium sein.

Siegbart Stronegger

JUNGSEIN IN SALZBURG

Das neue Jahresprogramm der JG

Aber ohne Tips für Milchshakes!

SALZBURG. Es ist noch nicht allzu lange her, da wurde in der Stadt auf Plakaten die Woche der Jungen OVP angekündigt. Eine Woche lang Jugendarbeit, wie sie sich die JUV vorstellt: ein Kurs zur kunstvollen Anfertigung von Milchshakes, eine Party und für die Kultur eine Dichterlesung — das war dann auch schon fast alles.

Taucht die Frage auf: Wie soll man in Salzburg effiziente politische Jugendarbeit machen? Wie kann man in Salzburg als politische Organisation die Interessen junger Leute am besten artikulieren? Und kann man in unserer Stadt als junger Mensch überhaupt politisch aktiv werden? Wenn die JUV glaubt, die Probleme der Salzburger Jugendlichen würden in der Sorge bestehen, ob ein Bananemilchshake mit oder ohne Rum besser schmeckt, dann ist das ihre Sache.

Die Junge Generation der SPÖ gibt sich jedenfalls nicht damit zufrieden. Sie geht davon aus, daß gerade in einer Stadt wie Salzburg, in der so viel von einer jugendlichen Hochkultur und dem Fremdenverkehr bestimmt wird, notwendig ist, sich politisch zu engagieren und deklariert. Nun gibt es bei uns ein relativ großes Angebot an Betätigungsmöglichkeiten.

feiern für Studenten. Aber die große Anzahl der arbeitenden 20- bis 30jährigen, wo sollen sie sich engagieren?

Ende Dezember hat nun die Junge Generation ein Jahresprogramm für 1981 erstellt, das aus sozialistischer Sicht heraus versucht, gerade die Bedürfnisse dieser Gruppe zu befriedigen.

Wie die letzten Jahre sind auch heuer wieder die wöchentlichen Montagstreffpunkte im Großgasthof Sternbräu der Fixpunkt im Programm. Bei diesen Treffpunkten, die übrigens öffentlich zugänglich sind, treffen sich Mitglieder und Sympathisanten der JG und versuchen, ihre Erfahrungen im persönlichen Leben politisch umzusetzen.

Und das geschieht auf verschiedenen Ebenen: zum einen wird versucht, monatlich in kleinen Arbeitskreisen Grundsätzliches zu klären: Warum betätige ich mich politisch; was sind meine politischen Vorstellungen und Ziele und wie kann ich diese verwirklichen; was will eine sozialistische Politik und wie schauen Programme und Strukturen der SPÖ aus.

Aufbauend auf diese eher bildungspolitischen Montags- (eventuell monatlich) kommunalpolitische Abende. Jeden ersten

Montag im Monat stellt sich ein sozialistischer Gemeinderat zur Diskussion.

Und damit nicht nur geredet wird, behandelt die JG im 3-Monats-Rhythmus ein Schwerpunktthema besonders intensiv. Im ersten Quartal ist es die katastrophale Wohnungssituation in Salzburg: 3000 bis 4000 leerstehende Wohnungen, gleichzeitig aber ein ganzes Heer von Wohnungsuchenden.

Ein großer Teil davon sind Jugendliche, die sich die ersparten Mieten nicht leisten können. Die JG ist nicht bereit, dieses Thema den Haus- und Wohnungsbesitzern zu überlassen. Die so erarbeiteten Vorstellungen wird die Junge Generation sowohl in den Gremien der SP diskutieren, als auch in Großveranstaltungen öffentlich vertreten. Zum Wohnungsproblem ist zum Beispiel ein großer Montags-Treffpunkt mit Bürgermeister Reschen geplant.

Die Salzburger JG glaubt, daß es nicht damit getan ist, Veranstaltungen über das richtige Milchschaum abzuhalten und wird sich auch 1981 daran richten.

Wer sich davon überzeugen will: Jeden Montag, 20 Uhr, im Sternbräu ist dazu Gelegenheit!

Kunstmühle und Kultur

Karajan und Jedermann erschöpft.

Der kulturelle Anspruch vieler Salzburger ließ sich dadurch so weit senken, daß man die Erwartungen auch mit einer Rudi-Carrell-Show im Fernsehen erfüllen kann. Wem Rudi Carrell nicht paßt, und vielen jungen Leuten paßt er wirklich nicht, der kann ja eine der vielen Diskotheken besuchen und ein paar Hunderter locker machen. Wer hat, der hat. Wer sich's leisten kann, geht ins Festspielhaus, wer sich's nicht leisten kann oder will der ... äh ... ja, der ... einen Fernseher kann sich fast jeder leisten.

Heute sieht es nicht mehr ganz so schlimm aus. Die Elisabethbühne ist trotz aller Schwierigkeiten in der Lage, auch andere Geschmacksrichtungen zu befriedigen. Die anderen, zum Teil recht erfolgreichen Theater- und Kabarettgruppen haben unter anderem auch damit zu kämpfen, daß es nur wenig geeignete Bühnenräume gibt. Dieses Übel will das Theaterarbeiterkollektiv beseitigen, indem es für sich und andere Gruppen einen Bühnenraum schaffen will. In der Kunstmühle sollen dann Theaterstücke und Kabarets genauso stattfinden können wie Jazzkonzerte, Liedermacherabende oder Workshops.

Wer nach der Goethe-Pflichtlektüre in der Schule genug hat

von Theater und Kultur soll in der Kunstmühle eine Alternative zum bestehenden Freizeitangebot erhalten. Junge Leute, die in Diskotheken und im Kino nicht die helle Welt finden, könnten sich ihren Treffpunkt so gestalten, wie sie ihn haben möchten und nicht so wie er ihnen von anderen vorgeschrieben wird. Ein kleines Beispi, ohne Konsumationszwang, mit Musik hätte neben dem für 120 Zuschauer fassenden Bühnenraum noch spielend Platz in der geräumigen Mühle.

Der Umbau und die endgültige Gestaltung der Räume soll, so weit dies möglich ist, in Eigenregie unter Mitarbeit aller Interessierten und vor allem der Jugendlichen in Gngl vonstatten gehen. Nur so ist gewährleistet, daß die Kunstmühle den Erwartungen aller gerecht wird. Die finanzielle Belastung, die im Gegensatz zu den Festspieldefiziten und Umbaukosten beinahe verschwindend klein ist, würde sich so noch verringern. Es bleiben also Mittel übrig, die an anderer Stelle dringend gebraucht werden.

Eine endgültige Lösung des seit Jahren verschleppten Petersbrunnhofprojektes ist schon lange überfällig. Die Übergangslösung für das Salzburger Film-Kulturzentrum „Das Kino“ beseitigt die bestehenden Schwierigkeiten nicht. Auch das Jugendzentrum

Lehen wird auf die Art und Weise wie es jetzt verwirklicht wird, mehr als 6 Millionen Schilling kosten, die heuer im Budget der Stadt dafür vorgesehen sind. Nachdem die Budgetmittel für Jugend und alternative Kultur seit jeher knapp bemessen werden, müssen diese optimal verwertet werden.

Der Ausbau der Kunstmühle in Gngl könnte beispielgebend dafür verwendet werden, wie man den Bedürfnissen der Kulturschaffenden und der Jugendlichen ohne großen Aufwand an Geld gerecht werden kann.

Gerhard Schuster



Szene aus der Produktion „November 1918“.

Seit etwa einem halben Jahr lebt und arbeitet das Theaterarbeiterkollektiv in der stillgelegten Kunstmühle in der Mühlgasse in Gngl. Die aus drei Schauspielern bestehende Gruppe hat sich einiges vorgenommen. Die geräumige Mühle soll nach kleineren Umbauarbeiten, die Pläne dafür sind bereits fertig, als Kultur- und Kommunikationszentrum adaptiert werden. Eine gute Sache, wie dem Theaterarbeiterkollektiv von zahlreichen Besuchern aller poli-



tischen Schattierungen wohlwollend versichert wurde. In nächster Zeit wird sich zeigen wie ehrlich das Interesse der Verwirklichung dieses Projektes war.

Viele Jahre beschränkte man sich in Salzburg auf die Förderung der Festspiele und der zweiten Kulturhochburg, dem Landestheater. Die Deckung des Defizits, oder besser die Beschaffung der Budgetmittel zum Ausgleich des jährlichen Abganges hat mit Sicherheit immer eine Menge Leute in Magistrat und Landesregierung beschäftigt. Es kann also fast niemanden übergenommen werden, daß sich die kulturelle Vielfalt in Salzburg in der Wahl zwischen Herbert von

Teilung, 2004/81
Sieg Torgel

Kritik am ORF

Die Junge Generation in der Salzburger SPÖ ersuchte am Wochenende den ORF, den Beginn der täglichen Landesrundschau in Ö-Regional wieder mit 13.00 Uhr festzusetzen. Die 13.00-Uhr-Nachrichten im Fernsehen seien völlig überflüssig. Die JG forderte außerdem gemeinnützige Organisationen, die für Zivildienst-Verwendung hätten, auf, beim Landeshauptmann um Anerkennung als Zivildienst-Trägerorganisation anzusuchen.

JG möchte Vorrang für den Hörfunk

SALZBURG. Auf die Notwendigkeit einer besseren Koordinierung der Informationssendungen im Hörfunk macht der Landesvorstand der Jungen Generation der SPÖ in einem Schreiben an den ORF aufmerksam. Durch die nach Meinung der JG völlig überflüssigen 13-Uhr-Nachrichten im Fernsehen müsse nun ein am öffentlichen Leben interessierter Rundfunkhörer entweder auf ein Viertel des Mittagjournal oder auf die erste Viertelstunde der jetzt schon um 12.45 Uhr beginnenden Landesrundschau verzichten. Die JG ersucht den ORF, zu Mittag die Priorität der Information wieder im Hörfunk zu setzen, das heißt, die Landesrundschau sollte wieder um 13 Uhr beginnen.

Sozialminister Dallinger beim JG-Stammtisch: TB 26.11.80

„Soziale Symmetrie erhalten“

SALZBURG. Zum Abschluß seines umfangreichen Programmes in Salzburg stellte sich Sozialminister Alfred Dallinger am Montagabend beim Jungen-Generation-Stammtisch im Sternbräu den Fragen der zahlreich erschienenen, nicht nur jungen Salzburger. Der Sozialminister benutzte diese Möglichkeit, um einerseits auf eine Reihe von konkreten Fragen einzugehen und andererseits um sein sozialpolitisches Programm noch einmal zusammenzufassen. Die wesentlichen Punkte:

● Vollbeschäftigung zu schaffen und zu erhalten ist die wichtigste Voraussetzung für alle sozialpolitischen Maßnahmen. Arbeitszeitverkürzung, Anheben des Mindesturlaubs und Schaffung von neuen Ar-

beitsplätzen sind die nicht unumstrittenen Schritte auf diesem Weg.

● Maßnahmen der Umverteilung und Steuergerechtigkeit zur Erhaltung der sozialen Symmetrie. „Wenn es eine gerechte Steuer gibt, dann ist es die Quellensteuer“, führte Dallinger aus und erwähnte, daß mit Stand vom 31. Mai 1980, 66,5 Milliarden Schilling Zinsenerlös aufkief, davon 31 Milliarden allein aus den Spareinlagen. Dallinger sprach sich auch für eine Progressionsänderung bei den Höchststeinkommen (mehr als 1,5 Millionen Schilling im Jahr) von derzeit 62 auf 65 Prozent aus. Darüber hinaus soll jeder Unternehmer zur Rechnungslegung gezwungen werden, da die Mehrwertsteuereinkünfte momentan bei ca. 5 bis 8 Milliarden Schilling liegen.

● Politik und Moral. Auf die Waffenlieferungen nach Chile angesprochen, erklärte Sozialminister Dallinger, daß Moral einfach nicht teilbar sei. „Wir haben überall nach den Gesetzen der Moral der Arbeiterbewegung zu agieren.“

● Frau am Arbeitsplatz. Die bislang praktizierte Tendenz, daß Frauen in erster Linie von Rationalisierungsmaßnahmen betroffen werden und ihr Recht auf Arbeit dem der Männer untergeordnet werde, versprach der Sozialminister ebenfalls zu ändern.

Rechnung für jede Zahlung wird Pflicht

Gegen Hinterziehung der Mehrwertsteuer — Dallingers Steuerpläne für Reform 1982

SALZBURG (SN-g.n.). Am 50. Tag

seiner Ministerschaft enttäuschte Sozialminister Alfred Dallinger Montagabend die Junge Generation der SPÖ im Salzburger Sternbräu nicht: Er erschien im dunklen Nadelstreif zu einer Diskussion und vertrat unverfälschten Sozialismus. Unter dem Kapitel „Umverteilung und Steuergerechtigkeit“ kündigte er für die Steuerreform 1982 folgende Ziele an:
 ♦ Senkung der Progressionskurve bei der Lohn- und Einkommensteuer (hauptsächlich im unteren Bereich).
 ♦ Um das finanzieren zu können, Erhöhung des Spitzensteuersatzes für Einkommen ab 1,5 Mill. S im

Jahr von 62 auf 65 Prozent.

♦ Die steuerliche Begünstigung von Investitionen soll geändert werden. Derzeit entgehen dem Staat durch Abschreibungen jährlich zwischen 10 und 12 Mrd. S. Dallinger überlegt, diese Investitionsbegünstigungen abzuschaffen und durch direkte Förderungen von Betrieben „nach der volkswirtschaftlichen Effizienz“ zu ersetzen. Die Prüfung der „volkswirtschaftlichen Effizienz“ kann eine Finanzierungsgesellschaft übernehmen.

♦ Allgemeine Rechnungslegungspflicht, so daß keine Mehrwertsteuer mehr hinterzogen werden kann. Das

heißt, daß ähnlich wie in Italien für alles eine Rechnung ausgestellt werden muß.

♦ Einführung der Quellensteuer für Zinserträge aus Sparguthaben ab 200.000 Schilling (Dallinger: „Wenn es eine gerechte Steuer gibt, dann ist es die Quellensteuer“). Aus Sparguthaben gab es mit Stand vom 31. Mai 1980 rund 31 Mrd. S. Zinsen, die in den seltensten Fällen versteuert wurden, meinte Dallinger.

Dallingers Ziele gewinnen besondere Beachtung, wenn man bedenkt, daß er Vorsitzender der Steuerkommission des Österreichischen Gewerkschaftsbundes ist.

In der mehr als zweistündigen, sehr lebhaften Diskussion mit der Jungen SPÖ in Salzburg erläuterte der Sozialminister weitere, in letzter Zeit häufig genannte Pläne. Dazu zählen eine Urlaubswoche mehr und die 35-Stunden-Woche. Dallingers neuer Werbespruch: „40 Stunden sind zuviel!“ In der Sozialversicherung ist der Plafond bei den Beiträgen der Versicherten erreicht. In Zukunft muß der Staat mehr für die Pensionen zuschießen. („Wie ich den Konflikt mit dem Finanzminister löse, ist meine Frage.“) Die Einführung der Witwenrente mit Kosten von 2 Mrd. S im Jahr ist derzeit nicht finanzierbar.

Mehrheit nützen

Dallinger räumte ein, daß es sowohl in der SPÖ wie in der Gewerkschaft Teilbereiche gebe, die seine Ideen nicht so unterstützten, daß sie jetzt schon durchgeführt werden könnten. Dazu zählte auch die paritätische Mitbestimmung in den Betrieben. Hier könne man nicht auf eine Einigung mit dem Sozialpartner hoffen. Die Sozialpartnerschaft habe also Grenzen, das müsse man erkennen. Aber, und das gilt für alle Pläne Dallingers, „wann denn sollen wir das durchführen, als zu einer Zeit, zu der wir im Parlament die politische Mehrheit haben. Wenn nicht 1981 dann 1982?“



DALLINGER IN SALZBURG

Er bezeichnete das derzeitige Steuersystem als weder gerecht noch umverteilend.

Bild: SN/Walkner

tagblatt - landespostzeitung

JUNGE STEIER in Salzburg

Hilfe für die „Dritte Welt“:

Umdenken!

Beim kürzlich geplatzten Panzergeschäft der Steyr-Werke mit Chile haben die vielen Diskussionen am Wirtshaustisch und am Arbeitsplatz eines gezeigt: Das Hemd ist vielen näher als der Rock, aber mit ein paar kleinen Gewissensblasen.

Einerseits ein achselzuckendes „Mich geht das nichts an“, und andererseits doch ein bißchen Mitleid mit den armen Hungernden und Unterdrückten. Dies ist vielen jungen Salzburgern zu dürrig. Sie hören in der Glücksspielaktion, daß man „helfen und gewinnen“ kann, und denken sich, daß dabei doch etwas faul ist. Mit der Hoffnung auf den Gewinn von irgendwelchen Luxusgütern wird das schlechte Gewissen beruhigt, das eine schaurig-eindrucksvolle tiefe Stimme aus dem Radio in einem zu wecken versucht hat.

Überhaupt scheint einer wachsenden Zahl junger Menschen diese Spendenmentalität verdächtig. Da werden ein paar Brösel von unserem Tisch, vom Tisch der Reichen fallengelassen und die Welt ist wieder hell und in Ordnung. In Europa haben wir größtenteils diese gönnerhafte Politik überwunden; eine handfeste staatliche Sozialpolitik hat die früher von irgendwelchen adeligen oder kirchlichen Mäzenaten betriebenen Armen- oder Stiechenhäuser abgebläst. Bei uns steht außer Zweifel, daß wir auch den Hilflosesten nicht vernachlässigen lassen. Im Weltmaßstab steht aber für die meisten

von uns Österreichern außer Zweifel, daß man nichts tun will, weil man glaubt, daß man nichts tun kann. Doch man kann etwas tun, z. B. durch aktive Mitarbeit bei einer der entwicklungspolitischen Gruppen in Salzburg.

• „Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik“ (ÖIE), Regionalstelle Salzburg: Dieser österreichweit arbeitende Verein, der auch vom Bundeskanzleramt unterstützt wird, hat sich zur Aufgabe gesetzt, das kümmerliche entwicklungspolitische Bewußtsein hier in Österreich zu entwickeln. Da dies viel Geld kostet, besteuern sich die Mitglieder (Einzelpersonen und entwicklungspolitische Gruppen) mit einem Prozent

ihres Nettoeinkommens. Adresse: 5020 Salzburg, Wolf-Dietrich-Straße 25.

• „Erklärung von Salzburg“: Diese Selbstbesteuierungsgruppe unterstützt mit ihren Mitteln konkrete Projekte in der III. Welt, wie z. B. Brunnenbau in Dürregebieten, Ankauf von Maschinen für Genossenschaften u. dgl. Adresse: 5020 Salzburg, Wolf-Dietrich-Straße 25.

• „Salzburger Lateinamerikakomitee“: Dieses Komitee möchte Aufklärungsarbeit bei uns mit Solidaritätsaktionen für Strömungen verbinden, die in Lateinamerika die politischen Voraussetzungen für eine gerechtere Gesellschaft erkämpfen. Beispiel: Solidaritätsaktionen für Nicaragua, vor und nach dem Befreiungskampf gegen den blutigen Diktator Somoza. Mitglieder sind engagierte Einzelpersonen und Organisationen (Amnesty International, Christen für den Sozialismus, Katholische Arbeiterjugend, Katholische Hochschulgemeinde, Junge Generation in der SPÖ, Verband Sozialistischer Studenten). Adresse: Wiener-Philharmoniker-Gasse 2, 5020 Salzburg.

• „Aktion Dritte Welt“ und „EZA“: Diese internationale entwicklungspolitische Organisation vertreibt in Europa Produkte der III. Welt, die unter Ausschaltung von Handelsbarrieren den Produzenten bessere Preise bezahlen. Darüber hinaus wird auch Informationsarbeit geleistet. Adresse: 5028 Salzburg, Lengfelden Nr. 169 und „EZA“-Laden: 5020 Salzburg, Franz-Josef-Straße 15.

• „Dritte-Welt-Aktion“ der JG-SPÖ: Die Junge Generation in der SPÖ wird von Mitte September bis Oktober auch einen kleinen Beitrag zur entwicklungspolitischen Arbeit in unserem Bundesland leisten. Geplant ist, daß JG-Gruppen in ihren Orten mit Veranstaltungen zu Problemen der III. Welt die Aufmerksamkeit vor allem der jungen Leute auf diese Probleme lenken.



Der „Dritte-Welt-Bazar“ — eine der vielen Möglichkeiten, aktiv zu helfen.

Salzburger als Mitglied bei der Wehrsportgruppe Hoffmann

SALZBURG (ED). Sechs Tage lang haben die Behörden mit einer interessanten Meldung hinter dem Berg gehalten, die unter Beweis stellt, daß es zwischen der berüchtigten „Wehrsportgruppe Hoffmann“ in der Bundesrepublik und den heimischen Neonazis durchaus enge Verbindungen gibt. Wie gestern bekanntgegeben wurde, ist auf Anordnung eines deutschen Staatsanwalts am Grenzübergang bei Bayerisch Gmain vor sechs Tagen ein Rechts-extremist aus Österreich zurückgewiesen worden. Der 21-jährige hatte einen Aktenkoffer mit der Aufschrift „Kommunismus — dein sicherer Tod“, Kassetten mit nationalsozialistischen Liedern und eine Uniformmütze mit dem Totenkopf der SS in seinem Gepäck. Der junge Mann bezeichnete sich selbst als Anhänger der „Wehrsportgruppe“ und wollte offensichtlich am Training der Nazi-gruppe teilnehmen.

Unsere Recherchen ergaben, daß es sich bei dem Abgeschobenen um Attila Bajtsy, einen stadtbekannten Salzburger Neofaschisten handelt. Der Mann war bereits 1978 als ANR-Aktivist aufgefallen und im August 1979 bei der Gründungsversammlung des „Nationalistischen Bundes Nordland“ von der Polizei verhaftet worden. Mit dem Ruf „Führer, wir melden uns ab ins Gefängnis!“ hatte er sich damals abführen lassen. Im selben Monat war er in Linz wegen Tragen eines Hakenkreuzes verhaftet worden.

Interessantestes Detail: Erst vor wenigen Wochen war im deutschen Fernsehen (ARD) ein Film über die „Wehrsportgruppe Hoffmann“ gelaufen. Der Salzburger Bajtsy war dabei einige Male „in vollem Wuchs“ zu bewundern gewesen. Die Querverbindungen sind damit eindeutig erwiesen.

„Die Schmetterlinge“ nun in Salzburg

Er starb mit 26 Jahren im Konzentrationslager: der Schriftsteller Jura Soyfer. Diesen jungen Österreicher hatten die Nazis lange bevor sie ihn in ihre Gewalt bekamen, aufgeschrieben auf eine schwarze Liste für den Tag der Rache. Denn Soyfer war ein engagierter Schriftsteller, der in fast allen seinen Werken vor den Gefahren des Faschismus, vor den Nazis, gewarnt hatte.

Und wenn heute die Neonazis von ihren Gegnern bei Anti-Burster-Demonstrationen Schmutzschüsse machen, dann kann man aus der Vergangenheit lernen, sich leicht den Neonazis vorzustellen. Einmal wieder KZ-Auflager spielen dürfen bis dahin hilft man sich da mit Schlingentrüppchen, dort mit Bomben.

auf der Liste der heutigen engagierten Antifaschisten ganz oben. Ihr neuestes Programm, im Juni bei den Wiener Festwochen uraufgeführt, beinhaltet die Geschichte Österreichs vor und während der Machtergreifung des Faschismus. In einer musikalischen und szenischen Kollage, der die Texte des Jura Soyfer zugrunde liegen, werden für die politischen Verhältnisse typische Ereignisse aus der Zwischenkriegszeit gespielt und gesungen.

ling-Aufführung holt am 15. Oktober nach, was die meisten Salzburger Geschichtslehrer, wohlwollend gedeckt von den ÖVP-Schulpolitikern, ihren Schülern verschweigen: Der Faschismus hängt nicht mehr mit Hitlers Machtgewalt an und hört nicht bereits mit Hitlers Tod auf. Also am 15. Oktober um 19 Uhr in der Großen Aula der Salzburger Universität: „Die Schmetterlinge“ mit ihrem Programm „Jura Soyfer“. Karten um 80 S (Schüler und Lehrlinge bis 18: 50 S) im Sekretariat der JUNGEN GENERATION, Salzburg, Paralel-Strasse 21, Tel. 0 62 22/75 1 25.

STERNFAHRT NACH MAUTHAUSEN

Am 26. Oktober ist unter dem Motto „Jugend gegen den Faschismus“ eine gesamtösterreichische Sternfahrt ins Konzentrationslager Mauthausen geplant. Wer am Nationalfeiertag nicht bloß privatisieren möchte, der kann durch seine Teilnahme an dieser Demonstrationstour bezeugen, daß Österreichs Jugend dem Problem unserer Vergangenheit gegenübersteht, wie es manche alte Kameraden gerne hätten. Auskunft über Treffpunkt und Abfahrt für das Bundesland Salzburg: 0 62 22/75 1 25.

Paul Pöcker

4 SALZBURGER TAGBLATT

KULTUR

Auftakt der „Schmetterlinge“-Tournée in Salzburg

„Verdrängte Jahre“ wurden lebendig

SALZBURG. Im Rahmen der Wiener Festwochen haben die „Schmetterlinge“ mit ihrer Kollage „Verdrängte Jahre“ nach Texten des österreichischen Dichters Jura Soyfer einen großen Erfolg gefeiert. Nun haben sie ihr Programm so umgearbeitet, daß es ohne eine Vielzahl von Kulissen und Schauspielern auch in Sälen zu spielen ist, die die technischen Einrichtungen einer Bühne nicht aufweisen.

In Salzburg wurde dieses Tourneeprogramm auf Einladung der JG zum ersten Mal gezeigt. Unterstützt von Sigi Korb, Lukas Reschais und Peter Schmitt schloffen Willi Reschais, Beatrix Neundörfer, Herbert Tempel, Erich Meixner und Schürli Hermsdorf in eine Vielzahl von Kostümen, überzeugen als Schauspieler und Musiker gleichermaßen.

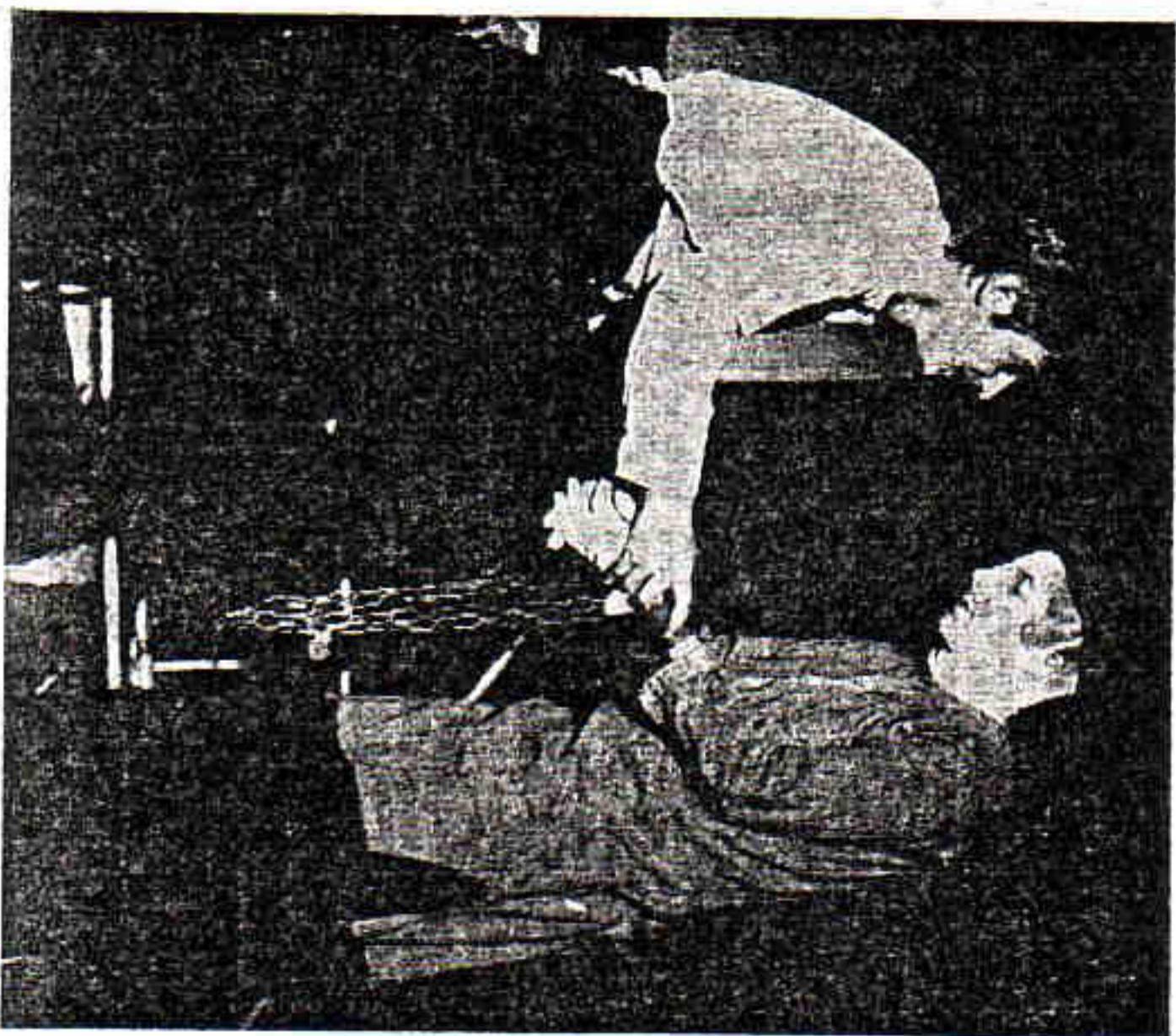
Soyfers Romanfragment „So starb eine Partei“ ist der rote Handlungsfaden, der von einzelnen Szenen aus Soyfers Bühnenstücken wie „Der Weltuntergang“, „Der Lechner-Edel schaut ins Paradies“ oder „Vineia“ und zahlreichen Liedern, zu denen die „Schmetterlinge“ die Musik schreiben, zu einem kompakten Programm erweitert wurde.

Mit einer geschickten Collagentechnik werden die Schicksale des Franz Josef Zehetner, der sich zu einem Nazi entwickelte, des Sozialdemokraten Ferdinand Dworkak und des Schriftstellers Franz Sedl zu einem Bild verflochten, das die nicht nur oft im Geschichtsunterricht — verdrängten Jahre lebendig werden läßt. Der Kampf um Arbeits-

plätze und der Kampf gegen den Faschismus nur kenne und dann die Jahre neugierig machen“, sagte Willi Reschais zu Beginn des Abends. Der Abend wurde nicht nur das Interesse für den historischen Faschismus, er zeigte auch die Notwendigkeit auf, dem Neofaschismus nicht nur mit Neugierde zu begegnen.

H. Steed

Freitag, 17. Oktober 1980



Auch Lukas Reschais schlüpfte in viele Rollen, um die „Verdrängten Jahre“ in das Bewußtsein der Zuschauer zu bringen, die die Große Aula bis auf den letzten Platz füllten.

JUNGE SPO in Salzburg

Polen nach dem Sommer

Am 1. Juli begann als Antwort auf die Fleischpreiserhöhungen eine zögernde Streikbewegung, die jedoch schnell massiver und breiter wurde und schließlich in einer Bewegung gipfelte, die das bürokratische Regime Polens ins Wanken brachte.

Der Streik, aus wirtschaftlichen Gründen entstanden, wurde ein politischer, als sich die polnische Arbeiterschaft mit der Rücknahme der Preiserhöhungen und Lohnaufbesserungen nicht mehr zufrieden gab. Diese Wende vollzog sich am 16. August in der Lenin-Werft in Gdansk, als die die Streikleitung einem Angebot der Direktion: „1500 Zloty Lohnerhöhung und Straffreiheit für alle Streikenden“ zustimmte.

Die Mehrheit der Werftarbeiter und Delegierten aus anderen bestreikten Betrieben waren jedoch enttäuscht über diesen Kompromiß. Ein Delegierter eines streikenden Busdepots: „Wenn ihr die Arbeit wiederaufnehmt, dann wird niemand mehr erreichen und viele nicht einmal das, was ihr erreicht habt.“

Das Streikkomitee der Lenin-Werft akzeptierte daraufhin den Willen der Basis, Streikführer Lech Walesa: „Wir setzen den Streik fort aus Solidarität zu den anderen. Bis zum Sieg aller!“

Die polnische Arbeiterschaft hat

allerdings aus ihrer Vergangenheit gelernt. Sie ging nicht mehr auf die Straße, um sich von der Polizei zerstreuen zu lassen, sondern blieb in den Betrieben. Sie gründete ein zentrales Streikkomitee, das MKS, und sie arbeitete mit der intellektuellen Opposition im Land, dem „Komitee für gesellschaftliche Selbstverwaltung“, kurz „KOR“, zusammen.

Immer mehr Betriebe schlossen sich daraufhin dem Streik an und unterstellten sich dem Streikkomitee, das zum alleinigen Spre-

cher aller Streikenden wurde. Es wurde ein Forderungskatalog erstellt. Dessen erster Punkt lautet: „Anerkennung freier, von Partei und Arbeitgeber unabhängiger Gewerkschaften.“

Der Aufruf des Kardinals, die Arbeit wiederaufzunehmen, wurde von den Arbeitern genauso wenig aufgenommen wie Parteichef Giereks Reden. Es wurden Veränderungen in der Parteiführung vorgenommen, doch die Arbeiterschaft bleibt unbeirrbar. Lech Walesa: „Für uns zählen freie Gewerkschaften. Wer mit uns dis-

kutiert, ist weniger wichtig.“ Am 31. August wurde vom Sprecher des Streikkomitees, Lech Walesa, und Polens Vizepremier Jagielsky das Abkommen von Danzig unterzeichnet. Die freien Gewerkschaften wurden zugelassen.

Wie frei werden allerdings die unabhängigen Gewerkschaften arbeiten können? Kann es sich die herrschende Bürokratie leisten, eine zweite Macht im Land aufkommen zu lassen? Wie steht die katholische Kirche Polens zu Arbeiterklasse und Bürokratie? Warum fordert die nun schon seit 30 Jahren „regierende Arbeiterklasse“ die Veröffentlichung ihrer Druckerzeugnisse? Wie können wir die freien Gewerkschaften unterstützen?

Diese und andere Fragen versuchen die Junge Generation der SPO und die Sozialisten Osteuropakomitee bei einer Diskussionsveranstaltung zu klären. Georg Hoffmann-Ostenhof, Berichterstatter der Arbeiter-Zeitung und Mitarbeiter des sozialistischen Osteuropakomitees, war zur Zeit des Streiks in Polen und wird uns aktuell über seine Eindrücke und Erlebnisse berichten.

Wir laden dazu heute Freitag, 24. Oktober, um 19.30 Uhr, in den Gasthof Hofwirt, Ecke Schallmooser Hauptstraße — Franz-Josef-Straße, herzlich ein.

Gemeinsames Werken für Volksschüler

SALZBURG. Während der Ferien vor dem Schuljahr 1980/81 hat der Landesschulrat für Salzburg auf Betreiben der ÖVP-Schulpolitiker mit einem Erlaß unter Ausschluß der Öffentlichkeit an Salzburgs Volksschulen den gemeinsamen Werkunterricht von Buben und Mädchen abgeschafft. In diesem Erlaß heißt es, daß im nach Geschlechtern getrennten Werkunterricht besser auf die besonderen Fähigkeiten und Interessen der Knaben und Mädchen eingegangen werden könne.

In einer Aussendung der Jungen

Generation der SPÖ, die am Montag einen Diskussionsabend mit Landesschulrat-Vizepräsident Dr. Wilhelm Pölzl zu diesem Thema veranstaltete, zu dem auch die ÖVP-Schulpolitiker eingeladen waren, aber nicht erschienen, wird die Aufhebung dieses Erlasses gefordert. Zum einen widerspreche dieser Erlaß dem österreichischen Schulgesetz und zum anderen beinhalte er „das vermeintliche ‚Naturgesetz‘, daß Buben und Mädchen bereits mit sieben Jahren nach gesonderten Interessen zu fördern sind“.

Die Junge Generation fordert daher SLO, Kinderfreunde und die sozialistische Fraktion im Landesschulrat auf, gegen dieses Erlaß eindeutig Stellung zu nehmen, die koedukativ geführte Werkerziehung soll im nächsten Schuljahr wieder eingeführt werden.

Darüber hinaus fordert die Junge Generation auch die Verwirklichung des koedukativen Unterrichts an den Hauptschulen durch gemeinsamen Unterricht von Buben und Mädchen in den Fächern Werkerziehung, Hauswirtschaft und Geometrisch Zeichnen. Diese Fächer wurden bisher nur als Freigegenstand oder Wahlpflichtfach angeboten, was zur Fortsetzung und Festigung der herkömmlichen Rollenverteilung geführt hat.

Salzburg: Lehrmodell geplatzt

Bub muß basteln, Mädchen stricken

Salzburgs Schüler dürfen im Werkunterricht nicht stricken, den Mädchen aber Hammer und Fuchszimmer wieder weggenommen. Einer „Nacht-und-Nebel“-so kritisiert Salzburgs Gemeinderätin Anita Pirker, man an den Volks- und Schulen den sogenannten kognitiven – also gemein-

die unter Vertrag stehen, keinen Posten mehr übrig.“

Fachleute hätten anläßlich einer Inspektorenkonferenz auf diesen Mißstand aufmerksam gemacht. Außerdem, so Schäfer, lasse das Gesetz offen, ob man Buben und Mädchen in Handarbeit gemeinsam oder getrennt unterrichte.

Für Anita Pirker ist das Arbeitsplatzargument lediglich „eine Ausrede“, da im Großteil der anderen Bundesländer dieses Problem ohne weiteres zugunsten eines koedukativen Unterrichts gelöst werden konnte.

Vor allem kritisiert die Kommunalpolitikerin, daß man es vor Absetzung des Gemeinschaftsunterrichts nicht der Mühe wert fand, mit den Eltern der Schüler über dieses Thema zu diskutieren.

„Für mich ist dies eine klare Verletzung des Elternrechtes“, betonte Pirker.

„Von mir aus gibt es kein Bestreben, den koedukativen Unterricht grundsätzlich abzulehnen. Es gibt in beiden Unterrichtsformen Vor- und Nachteile“, erklärte Präsident Schäfer.

Heuer sei es allerdings unmöglich, den gemeinsamen Handarbeitsunterricht wieder einzuführen. Für das Schuljahr 1981/82 kündigt Schäfer jedoch „diesbezügliche Besprechungen“ an.

in R. Hinterseer

ichen – Unterricht abge-

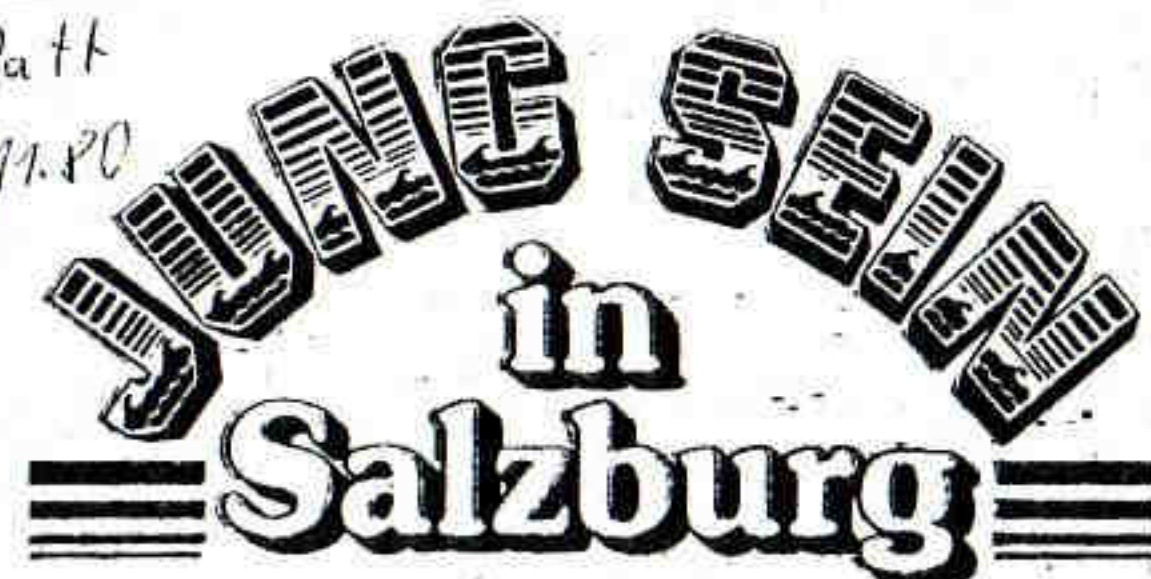
er: „Damit hat man einen Schritt zu neuen Formen Partnerschaft zunichte ge-

„auch die Schüler, die anfänglichem Mißtrauen über den geschlechts-spezifischen Gegenständen auf erstaunlich gute Antworten verweisen können, mur-

hat der Unterricht viel Spaß gemacht.“

Präsident des Landesschulrats, Gerhard Schäfer, ertit diesen Schritt mit Arbeitsplatzsicherung für rinnen:

„In einem gemeinschaftlichen Unterricht hätten wir für zehn Arbeitslehrerinnen,



Triumph der „Männlichkeit“

Salzburgs Schulen, ein Jahr lang bedroht von der Aufweichung allhergebrachter Grundsätze, wurden vom Landesschulrat wieder einmal gerettet. Die für den Weiterbestand unseres Abendlandes so wichtige Geschlechtertrennung in der Werkerziehung wurde wieder hergestellt, die Volksschüler gehen wieder in „Werkerziehung für Knaben“, das Stricken und Häkeln bleibt den Mädchen allein überlassen. Ein Triumph für die Verfechter der wahren Männlichkeit.

Im vorigen Schuljahr sind unsere Kinder noch verdorben worden. Da lernten die Buben auch stricken und die Mädchen auch basteln. Damit diesem kleinen Fortschritt keine Dauer beschieden bleibt, ist der Salzburger Landesschulrat auf die Fortschrittsbremse gestiegen und hat die gemeinsame Werkerziehung abgeschafft. Ob er dabei nicht ins Schleudern kommt?

Frauen seien technisch weniger begabt als Männer, so lautet eines der Naturgesetze. Und damit sich die Natur an die von den Konservativen aufgestellte Gesetze auch

hält, werden die Kinder in der Schule bereits munter vorprogrammiert. Geometrisch Zeichnen beispielsweise muß in der Hauptschule von den Buben besucht werden, Mädchen können, wenn sie es wollen, freiwillig Geometrisch Zeichnen besuchen, was aber erfahrungsgemäß eher die Ausnahme ist... Hauswirtschaft, theoretisch als sogenannte „Unverbindliche Übung“ auch für Buben zugänglich, wird an sehr vielen Schulen Buben gar nicht angeboten.

Wenn sich in der Schule nichts ändert, dann sind die fortschrittlichsten Gesetze im Arbeits- und Sozialrecht für die Katz. Die Junge Generation in der SPÖ hat Schulpolitiker von SPÖ und ÖVP eingeladen, bei ihrem „Treffpunkt“ am 10. November um 20 Uhr im Gasthof Sternbräu zur Abschaffung des gemeinsamen Werkunterrichts Stellung zu nehmen. Darüber hinaus sollen alle Aspekte der rollenfixierenden Erziehung an unseren Schulen zur Sprache kommen, um vielleicht auch Strategien zu deren Überwindung gemeinsam zu finden. Paul Pirker

Frauenhaus: Ein erster Schritt ist in Salzburg sicher getan

SALZBURG. Selbst wenn Präsident Hofrat Dr. Fritz Spring auf der Betonung besteht, daß der Salzburger Landesverband von „Rettet das Kind“ gewiß kein feministisches Frauenhaus führe, so scheint der Wert des neuen Hauses in Salzburg, das dieser Tage von drei Frauen und sieben Kindern bezogen wird, unbestritten.

Sicher, feministische Bewußtseinsbildung oder Umbildung, die darauf abzielt, daß Frauen ein Selbstbewußtsein und Selbstwertgefühl entwickeln können, wäre wünschenswert und auf Dauer gesehen für die Problemlösungen der körperlich und auch seelisch mißhandelten Frauen unabdingbar. Doch im Augenblick der Not zählt für die Frauen nur eines: Wo kann ich mit meinen Kindern hin, wo finde ich Schutz?

Diesen Schutz, diese Unterschlupfmöglichkeit bietet das neue Frauenhaus bestimmt. Fünf gemütliche Räume, die für fünf

Frauen mit insgesamt zwölf Kindern konzipiert sind, ein Aufenthaltsraum, ein Kinderzimmer, eine moderne Küche und zwei Bäder in einem Einfamilienhaus mit Garten sind imstande, eine geschockte Frau mit ihren Kindern erst einmal zur Ruhe kommen zu lassen.

Betreut wird das Haus von zwei Kindergärtnerinnen, einer Wirtschaftsleiterin, einer Psychologin und einer Sozialarbeiterin. Als Überbrückungshilfe stehen den Frauen sofort je 2000 Schilling und pro Kind weitere 500 Schilling zur Verfügung. Für die folgenden Kosten springen auch die Sozialämter „Rettet das Kind“ ein. Kostenlose Rechtsauskunft im Falle einer Trennung steht von einem Rechtsanwalt zur Verfügung. Die Aufenthaltsdauer ist nicht beschränkt, pendelte sich jedoch in der letzten Zeit durchschnittlich auf höchstens drei Monate ein.

Das größte Problem, so die Sozialarbeiterin Edith Kern, ist die

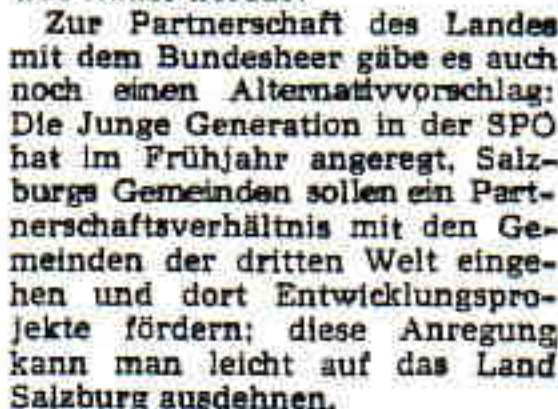
Nachbetreuung: „Vor allem jüngere Frauen lassen sich von ihren plötzlich auf Knien daherrutschenden Männern mit großartigen Versprechen einwickeln, kehren euphorisch zurück, und schnell ist wieder alles beim alten.“ In so einem Fall auch an die Männer heranzukommen, um in gemeinsamen Gesprächen die Probleme zu lösen, sei sehr schwierig, fast unmöglich. Etwa die Hälfte der Frauen kehrte zu ihren Männern zurück, die anderen trennten sich.

Daß es in Salzburg sicher nicht bei diesem einen Frauenhaus bleiben kann, ist klar. „Es hat“, so Edith Kern, „auch keinen Sinn, das Frauenhaus vollzustopfen und so ein Zusammenleben unerträglich zu machen.“ Seit Februar suchten insgesamt 35 verprügelte Frauen, damals auch noch in Straßwalchen, Hilfe. Der Bedarf ist auf jeden Fall bedeutend höher, weshalb auch in Zusammenarbeit mit den Sozialämtern an eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit gedacht ist.

Hier die Kontaktnummern: Montag bis Freitag, 7.30 bis 18.30 Uhr, Tel. 0 62 22 / 42 2 71. Tag und Nacht auch an Sonn- und Feiertagen, Tel. 42 6 30.

Cornelia Beers

schon Verhältnisses Polizei - Bürger ist zu schwierig, als daß man es sich leisten kann, durch ein Abreagieren aufgestauter Aggressionen ein gegenseitiges Feindverhältnis zu zementieren. Es gibt so viele Reformmöglichkeiten, daß Emotionen — so berechtigt sie im Einzelfall auch sein mögen — einfach zu viel Kraft kosten.



Salzburger protestieren gegen die Polizeipraktiken

Hans Biringer stellte sich Diskussionsrunde über Demokratie

Vom unterstandlosen Mundharmonikaspieler bis zum Universitätsprofessor reichte am Montag die Protestfront, der sich Polizeidirektor Hans Biringer anlässlich einer Diskussion über Demokratisierung gegenüber.

Biringer, regelmäßig im Kreuzfeuer öffentlicher Kritik, streckte bei seinem Einleitungsreferat symbolisch die Hand aus: „Ich biete Partnerschaft an.“ Und: „Wir bemühen uns um eine demokratische Polizei in einem demokratischen Staat.“

Ein Bestreben, von zahlreichen Diskussionsteilnehmern (insgesamt etwa 250) angezweifelt... Über einzelschicksalhafte Erlebnisse mit Polizeibeamten

hinaus (Polizisten wußten ihrerseits Ähnliches zu berichten) fundamentierte sich daher grundlegende Kritik an der Arbeit der Salzburger Exekutive:

- Die Polizei schaue rechtsradikalen Umtrieben an der Salzach tatenlos zu.
- Der Zugang zum Recht sei für Normalbürger mit Hindernissen gespickt. (Eine Beschwerdestelle mit unabhängigen Juristen wurde gefordert.)
- Das Landespolizeistrafgesetz (im Volksmund Sandlergesetz) sei untragbar und in seiner Anwendung unmenschlich.

Hofrat Biringer („Polizisten sind auch Menschen wie alle anderen auch“) gab den Schwarzen Peter für zahlreiche Ungereimtheiten nach Wien weiter: „Dort sitzen Hermelinverbrämte und machen lapidare Aussagen, wir Polizisten stehen dann zwischen den Fronten.“

Er mußte sich nach einigen ähnlichen Argumenten den Vorwurf gefallen lassen, er delegiere immer dann die Verantwortung, wenn eine Frage brenzlich werde.

Nicht zuletzt versprach Biringer, jeder Salzburger, der Probleme mit der Exekutive habe, könne sich bei ihm persönlich oder einem leitenden Offizier Rat und Hilfe holen...



Polizeipräsident Hans Biringer: Probleme nach Wien delegiert...?

SN-Redakteurin Brigitta Walkner hörte eine Diskussion mit Polizeidirektor Biringer an:

Ein Polizist ist ein Mensch mit anderen Funktionen

Wer sich Montagabend im Großgasthof Sternbräu bei einer Diskussion der Jungen SPÖ mit Polizeidirektor Hofrat Hans Biringer einen Anstoß für Reformgespräche innerhalb der Polizei erwartet hatte, war nach dem dreistündigen, teilweise lautstarken Frage- und Antwortspiel enttäuscht. Ein Großteil des Publikums verließ den Saal mit demselben Unbehagen mit dem es gekommen war. Der Aufforderung des Diskussionsleiters Paul Pirker, junge Polizisten sollten ihre Meinung zur Schulung von Beamten abgeben, kam keiner der anwesenden Polizisten nach. Hans Biringer versuchte auch in der Öffentlichkeit bekannte Übergriffe der Polizisten als Einzelfälle hinzustellen. Nach Ansicht Biringers habe der Polizist höflich zu sein und sich jederzeit auszuweisen. Der Bürger sei nicht Untertan des Polizisten.

Der Polizeidirektor eröffnete die Debatte vor 300 Zuhörern mit einem geschichtlichen Rückblick. Die heutigen Probleme und Beschimpfungen der Beamten mit Kraftausdrücken habe es schon vor Jahrhunderten gegeben. Diese Tatsache ziehe sich wie ein roter Faden durch Jahrhunderte. Die Funktion des Polizisten beschrieb Biringer folgendermaßen: „Er ist ein Mensch mit anderen Funktionen, die ihm aber vom Gesetz auferlegt worden sind.“

Den Vorwurf aus dem Publikum, der Bürger werde nicht auf seine Rechte aufmerksam gemacht, Polizisten seien ungenügend geschult, quittierte Biringer mit der Feststellung: „Jeder Beamte wird auf Herz und Nieren geprüft“. Nach einem Kontaktgespräch müsse der künftige Polizist einen Kurstest (Rechnen und Aufsatz) bestehen und danach die 18 Monate dauernde Polizeischule absolvieren. „Ein Junger ohne Praxis rennt sich halt dann die Hörner ab. Ich habe das auch getan. Manchmal dauert dieser Prozeß Jahre oder Jahrzehnte.“

Ein mehrfach verjagter Straßenmusikant klagte danach dem Polizeidirektor sein Leid und versuchte ihn von seinem Können auf der Mundharmonika „Ein einziges Lied für den Polizeidirektor“ zu überzeugen. Biringer bot dem Mann an, ihm ein



SCHNEEWALZER FÜR SALZBURGER POLIZEIDIREKTOR

Ein „Straßenmusikant“ wollte Polizeidirektor Hofrat Hans Biringer (Bild Mitte) im Großgasthof Sternbräu von seinem musikalischen Können überzeugen. Diskussionsleiter Paul Pirker von der Jungen Generation der SPÖ versuchte, das Konzert kurz zu halten.

Bild: SN/Walkner

Informationsblatt auf dem Orte und Zeiten für Straßenmusikanten vermerkt sind, zu überreichen.

Auf die Frage, was an „Kiberern“ demokratisch sei, welche Mittel es für eine Partnerschaft zwischen Polizei und Bevölkerung gebe, sagte der Polizeidirektor: „Sagen wir statt ‚Kiberer‘ Kriminalbeamter. Bei Kontrollen wie Planquadrat können auch Personen ins Netz gehen, die es nicht trifft. Wenn sich der Beamte aber nicht ausweist, ist das ungesetzlich.“

Ein anderer Diskussionsteilnehmer forderte, Betrunkene sollten nicht in das Gefangenenhaus eingeliefert, sondern nach Hause gebracht werden. Darauf meinte Biringer: „Jeder sagt, Herr Inspektor, da liegt ein Bsoffener, heben Sie ihn auf.“ Zum Publikum gewandt: „Sie sind sich über rechtsradikale Gruppen aus sicher alle zu gut dazu... Auf die Frage, was Biringer während seiner achtjährigen Amtszeit gegen Rechtsradikale unternommen habe, wird er in den Funkstreifenwagen gesetzt und nach Hause gebracht. Ob

der nun bei der Tür, hinein von seiner Frau oder Angehörigen abgefolzt wird — das ist ja meistens so — geht uns nichts an. Wir haben den modernsten Handarrest in Österreich. Wenn es nach dem Verfassungsgerichtshof geht, muß das Rote Kreuz kommen. Das nimmt ihn (den Betrunkenen) aber nicht mit, und der Arzt behandelt ihn nicht. Der sagt nur, nehmt ihn wieder mit. Dann kann so was passieren, was uns mit dem Faustmann passiert worden ist. Ich lade den einen oder anderen gerne ein, mit dem Funkstreifenwagen mitzufahren, um sich mit dem Alltag vertraut zu machen.“

Der Anschlag der rechtsradikalen Wehrsportgruppe Hoffmann auf dem Oktoberfest München löste auch in Salzburg eine lautstarke Debatte über rechtsradikale Gruppen aus. Auf die Frage, was Biringer während seiner achtjährigen Amtszeit gegen Rechtsradikale unternommen habe, und den Vorwurf, er sei auf dem

rechten Auge blind, antwortete Biringer: „Diese Vorwürfe sind bekannt und alle untersucht.“ Er habe in seinem Leben nichts zu verbergen. „Auch ich habe Rechte. Meine Vergangenheit wurde auf Flugblättern in viertausendfacher Ausfertigung auf der Straße verteilt. Sie würden sich das sicher nicht gefallen lassen.“

Die Beweisführung gegen rechtsradikale Gruppen sei außerordentlich schwierig. Dazu gebe es Versammlungsfreiheit in Österreich. Das sei der Grund, weshalb derartige Veranstaltungen nicht von vornherein verboten werden könnten. „Ich bin wegen des Rebhandl schon x-mal beim Verfassungsgerichtshof gewesen. Der Bürger hat mich auch angezeigt. Zur Person Rebhandl kann man nur sagen, er ist ein Fanatiker. So ein Fanatiker, wenn man ihn an die Wand stellte, würde er noch mit einem bestimmten Gruß — den ich nicht aussprechen will — grüßen. Aber das ist einfach seine Einstellung.“ Die Gesetzeslage sei so kompliziert, und die Polizei stehe zwischendrin. „Sie können dann aber wieder schimpfen.“

Wechsel in der ÖVP-Riege

Der Salzburger ÖVP-Stadtparteivorstand nahm Montag das Rücktrittsansuchen von Gemeinderat Helmut Weyrer zur Kenntnis. Weyrer hatte seinen Wunsch mit beruflicher Belastung begründet. Sein Nachfolger wird der 38jährige Wirtschaftsjurist Josef Dechant sein, der als Listennächster nachrückt und in der nächsten Sitzung des Salzburger Gemeinderates angelobt wird.

Wettbewerb International

Nach Landesrat Wolfgang Radlegger bekannte sich auch der Salzburger Bürgermeister Josef Reschen zu einem Architektenwettbewerb mit internationaler Beteiligung für den Neubau der Finanzlandesdirektion auf den Mayr-Melnhof-Gründen. International sollte auch die Jury besetzt sein. Zwischen erstem Preisträger und endgültigen Projektanten dürfe es keine Bindung geben. Weiters wünschte Reschen eine Abstimmung zwischen den Vergabeordnungen des Landes und der Stadt Salzburg.

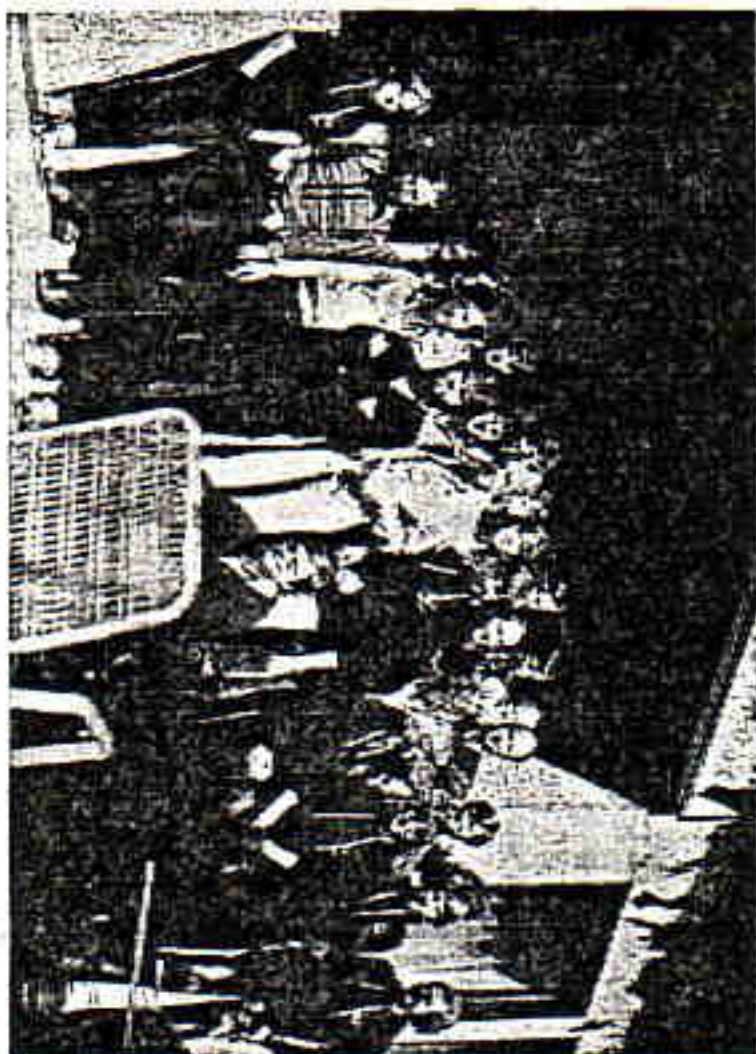
Pongauer Jugendzentren

MÜHLBACH/HKG. Auch für den Pongauer aktuelle Forderungen erarbeitete die junge Generation der SPÖ, die unter Bezirksobmann Roland Imberger in Mühlbach ein Programm einbrachte. Als zentrale Aufgabe wurde dabei im Pongau die Schaffung von Jugendzentren bezeichnet, wo sich die Jugendlichen ohne Konsumationszwang treffen können. Dafür will sich die JG besonders einsetzen.

Im Leben gerufen soll auch ein „Jugendparlament“ werden. Bei zentralen Veranstaltungen zu aktuellen politischen Fragen sollen dabei die jungen Pongauer die Möglichkeit zum Meinungsaustausch mit

Spitzenpolitikern haben. Beantwortet wurde in diesem Zusammenhang, daß die JG einen konsequenten Standpunkt zum neuerlichen Atomstrom-Volksbegehren einnehmen wird. In den Pongauer Orten sollen überdies Aufklärungsreisen zu Themen wie Entwicklungshilfe und Faschismus-Neofaschismus gestartet werden.

Das Ergebnis der Seminararbeit wurde mit Bezirksobmann Abg. Sepp Hirscher und JG-Landesobmann Paul Pirker eingehend diskutiert. Bezirksobmann Imberger verwies auf einen gewissen Freiraum, den die Jugend in der Partei zur Entwicklung ihrer politischen Vorstellungen braucht.



Bei einem Programmseminar in Mühlbach/HKG. erarbeitete die JG Pongau Grundlagen für die künftige Arbeit.

„Jeder Schritt, den wir tun, um unser Programm zu verwirklichen, jeder Schritt, mit welchem wir der Arbeiterschaft eine höhere Lebenshaltung, Selbstbewußtsein, Freiheit, Entwicklung, Kulturmöglichkeit, ein besseres Leben erkämpfen, bringt uns der Tatsache näher, daß wir die Gegner immer mehr auf den Plan rufen. Diese werden uns mit allen Mitteln bekämpfen.“ Mit diesen Worten hat Victor Adler 1907 im Parlament vorausgesagt, womit die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Zukunft zu rechnen hätte.

Und als im Herbst 1918 aus den Trümmern der zusammengebrochenen Monarchie unsere Erste Republik errichtet wurde, hielten sich die einstigen Machthaber und Ausbeuter zunächst ängstlich im Hintergrund. Während unsere Arbeiterschaft hoffnungsvoll daran ging, demokratische und Wohlfahrtseinrichtungen zu schaffen, verbündeten sich „Edelleute“, Großgrundbesitzer, Militaristen, Kapitalisten und gewisse „Prälaten“ mit pangermanistischen Wirtsköpfen, „um den Revolutionsschritt von 1918 zu beseitigen. Das Auftreten Mussolinis in Italien und Hitlers in Deutschland wurde in Österreich nachgeahmt und diese Kopie zum „Austrofaschismus“ entwickelt. Im Frühjahr 1933 entledigten sich die Feinde unserer Verfassung und unserer Republik des „verhaßten“ Parlamentes und zerschlugen in den Februar-Tagen des Jahres 1934 unsere Partei, unsere Gewerkschaften und alle unsere demokratischen Errungenschaften mit brutaler Waffengewalt.

Aber ohne Mitwirken der entrechteten österreichischen Arbeiterschaft konnten die Austrofaschisten dem Nationalsozialismus nicht widerstehen: Im März 1938

JUNGE GEN in Salzburg

Faschismus gestern und heute

besetzte Hitlers Wehrmacht Österreich und die politischen Gegner von gestern trafen sich nur zu bald im Gefängnis, im Konzentrationslager, auf dem Weg zum Fallbeil oder Auskleideraum vor der Gaskammer wieder.

Vor 35 Jahren wurde Österreich befreit. Und unsere überlebenden Freiheitskämpfer und die geretteten Opfer des Faschismus schworen sich damals, nicht zu ruhen, bis auch der letzte Naziverbrecher vor seinem Richter stehen würde. Aber wir hatten uns geirrt, denn heute noch leben etliche dieser Unmenschen unter uns, ohne sich vor dem Gericht verantworten zu haben. Oder sie wurden freigesprochen, weil die Belastungszeugen im Massengrab schweigen!

Und schließlich wurden diesen Menschenfeinden sogar die Gelegenheiten geschenkt, erneut mit Antisemitismus, Inhumanität, Intoleranz, Antisozialismus und mit dem üblen Schlagwort von der „Demokratieverdrossenheit“ die Hirne und Herzen junger Men-

schen zu vergiften: Unter Berufung auf unsere demokratische Verfassung, geschützt durch allzu „milde Richter“, verhätschelt und geradezu angeeifert durch „überparteiliche“ und „rechtskundige“ Organe, stellen sich Alt- und Neofaschisten, getarnte Alt- und Neonazis, immer wieder und überall an die Seite jener Verleumder, die gegen das „Rote Wien“, gegen die „Übersozialisierung“, gegen allzuviel „Freiheit“ und gegen den „verderblichen Wohlstand“ — bitt' schön, wessen? — geifern.

Erinnern wir uns doch an die schändlichen Affären rund um „Holocaust“, an das Rebhandl-Standl auf dem Alten Markt, an Steinhausers Lastwagenblockade unserer Grenzen, an das vorjährige Auftreten eines F. J. Strauß als „Wahlheifer“ der Salzburger VP, an die euromonarchistischen Eskapaden des Doppelstaatsbürger Otto Habsburg auf Salzburger Universitätsboden, an die Vorfälle rund um die Bundes-

präsidentschaftskandidatur eines — in Italien zu lebenslänglichem Freiheitsentzug verurteilten — Henkers und an die jüngsten Wunschträume manch eines VP-Länderfrontgeschäffelhüblers und Gernegroß, partout den „Staatsnotstand“ ausgerufen zu wissen. Natürlich mit allen Staatennotstandsmaßnahmen zur Beseitigung des eindeutigen Mehrheitswillens in Österreich, damit die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer werden sollen!

Es ist bitter notwendig, vom „Totschweigen“ solcher Umtriebe abzudrücken und unserer jungen Generation das Wissen zu vermitteln, damit auch sie den sich zusammenrottenden Mächten der Vergangenheit erfolgreich Widerstand leisten kann. Wer unsere demokratischen und sozialen Errungenschaften zerstören möchte, der darf sich dabei nicht ungestraft auf unsere Demokratie berufen. Die Opfer zweier Weltkriege, die Opfer des Faschismus fordern von uns, durch Aufklärung, Wissensverbreiterung und durch unseren persönlichen Einsatz in Österreich und in aller Welt jede Spielform des Faschismus mit der Wurzel auszumerzen: „35 Jahre nach der Befreiung — Nie wieder Krieg! — Nie wieder Faschismus!“

Theodor Rudolf Salvator

Am Dienstag, dem 23. September, Beginn 19.30 Uhr, veranstaltet die Junge Generation im Gasthof „Schloßberg“ in Salzburg-Parsch, Neuhauserstraße 24, im Rahmen der Woche der SPÖ der Sektionen Aigen-Parsch-Rennbahn einen Diskussions- und Informationsabend zum Thema „Faschismus gestern und heute“. Es referieren Univ.-Doz. Dr. Hannes Haas, Prof. Mario Saracetti und der Mitautor der „Faschismus-Mappe“, Johannes Dressel.



Jungwähler haben sich bei Wahlen der letzten Jahre immer stärker für die Sozialistische Partei ausgesprochen, immer stärker bekundet, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung ein Ziel ist, für das es lohnt, sich zu engagieren und aktiv mitzuarbeiten.

Die SPÖ hat daher schon vor über einem Jahrzehnt die „Junge Generation“ mit dem Auftrag gegründet, politische Arbeit unter jungen Staatsbürgern zu leisten und die Organe der SPÖ über die spezifischen Jugendprobleme zu beraten.

Jene besonderen Probleme der Jugend entstehen auch zu einem großen Teil in der unmittelbaren Wohnumgebung, im Stadtteil, am Arbeitsplatz, eben in jenem Bereich, den eine Sektion zu betreuen hat. Nachdem die JG auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene schon lange ihrer Aufgabe nachkommt, war es für uns die logische Konsequenz, politische Jugendarbeit auch auf Sektions-ebene zu versuchen, um junge Menschen ganz konkret in ihrer ganz persönlichen und vertrauten Umgebung anzusprechen.

Um diese Ziele zu erreichen, sind acht junge Genossen seit etwa einem Jahr um den Aufbau einer JG-Gruppe im Stadtteil

Rennbahn bemüht. Nach der ersten Großveranstaltung im Stadtteil, „Faschismus gestern und heute“, die ja Tagblatt-Lesern noch aus der Berichterstattung bekannt sein wird, fühlten wir uns bereit, uns als Sektionsarbeitsgemeinschaft der Jungen Generation Rennbahn zu konstituieren.

Seit 13. Oktober 1980 steht also

JG Rennbahn stellt sich vor

unserer Arbeit nichts mehr im Wege. Die SPÖ Rennbahn unterstützte uns von Anfang an mit viel Verständnis, froh darüber, daß endlich eine intensive Jungwählerarbeit in der Sektion möglich ist, obwohl zahlreichen altgedienten Mitarbeitern unsere anfänglich ungestüme Art sicherlich suspekt war. Aber alle waren sich dann einig darüber, daß es Aufgabe der Jugend ist, sich über ihre Bedürfnisse klar zu werden, über die Verantwortung, die Jugendlichen in der Bewältigung der Gegenwart und in der Planung ihrer Zukunft haben und daß die ältere Generation uns mit ihren Erfahrungen bei dieser Aufgabe unterstützt, sie uns aber nicht abnehmen kann.

Doch nun zu unserer konkreten Arbeit: Am 27. Februar findet der 1. SPÖ-Ball der Sektion Rennbahn und der JG Rennbahn im Gasthof Fürberg, Fürbergstraße Nr. 36, statt. Ob maskiert oder nicht, Sie sind alle herzlich eingeladen, ab 20 Uhr mit uns Fasching zu feiern.

Im März wollen wir uns als Fortsetzung zur letzten Antifaschismusveranstaltung mit dem Thema „Zwischenkriegszeit“ beschäftigen.

Die dritte Veranstaltung möchten wir zum Thema „Verkehrssituation im Stadtteil“ vorbereiten.

Der Schwerpunkt für die Herbstarbeit wird der Bereich

„Wohnbau — Wohnbaualternativen“ sein.

Der Abschluß des Jahres wird wieder programmatischer, nämlich mit einer Belegung der Grundsatzdiskussion. Eingeladen ist dazu der derzeitige Klubobmann Heinz Fischer. Unabhängig von all diesen Veranstaltungen treffen wir uns, die JG Rennbahn, mit Freunden, Bekannten, Gästen zu einem monatlichen gemütlichen „Politstammtisch“, wo wir über Aktuelles diskutieren, uns persönlich besser kennenlernen und sicherlich viel Spaß haben.

Alle Interessenten sind dazu herzlich eingeladen, um uns kennenzulernen. Der jeweilige Termin ist dem Veranstaltungskalender des Tagblattes zu entnehmen. Wer also die schöne Gegend hinter dem Kapuzinerberg nicht den konservativen Parteien überlassen will, ruft einfach an: JG Rennbahn, Tel. 20 76 97 (Hannes) oder 20 66 44 (Udo) oder das SPÖ-Jugendsekretariat, Telefon 75 1 25.

Johannes Desch, JG-Referat

Diskussionsabend der Jungen Generation: „Faschismus — gestern, heute“

NDP-Schläger versuchten zu stören

SALZBURG. Daß es absolut kein Hirngespinnst ist, heute und in Salzburg nicht nur den historischen Faschismus zu bekämpfen, die mörderischen Greueltaten der Nazifaschisten so abschreckend darzustellen, wie sie es wirklich waren, sondern auch die Umtriebe der Neofaschisten als demokratiefeindliche zu bekämpfen, erlebten rund 100 Teilnehmer an einer antifaschistischen Kundgebung im Gasthof „Schloßberg“ am Dienstagabend in realistischer Form.

Fünf „Nationaldemokraten“ — wie sie sich selbst nennen — versuchten während der Veranstaltung einen Zwischenfall zu provozieren, um über Sprechfunk vor dem Gasthof wartende NDP-Schlägertruppe in das Lokal zu rufen, um dort — wie sie selbst sagten — „alles kurz und klein zu schlagen“.

Daß es dazu nicht kam, lag an den Teilnehmern der Veranstaltung. Anstatt auf die Provokationen einzugehen, wurde versucht, über die von den Referenten Univ.-Doz. Dr. Hans Haas, Prof. Mario Saracetti und Johannes Dressel angeschnittenen Fragestellungen einen weitgehenden Konsens herzustellen.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand dabei die Frage, wie der historische und lebende Faschismus

überwunden werden kann. Hier gelte es, sowohl das faschistische Erbe, die Korruption ganzer Generationen durch den Faschismus, zu bekämpfen, wie auch faschistisches Denken und Handeln endgültig zu überwinden, das heißt, nicht nur zu reagieren, sondern für eine demokratische Überwindung einzutreten.

Konkret bedeute dies, dem Faschismus zum einen die ökonomische Basis zu entziehen und zum anderen den „gewöhnlichen Alltagsfaschismus“ seiner Idole und Denkweisen zu berauben. Vorurteile gegenüber allen und allem, was anderes ist, antidemokratisches Denken, der Ruf

nach einem starken Mann, autoritär-patriarchalisches Verhalten, Gewalt als Ersatz für Argumente — das sind die meistverwendeten Auswüchse dieser gar nicht frommen Art der Denkungsweise.

Die Junge Generation in der SPÖ wird nach dem Abend am Dienstag noch weitere antifaschistische Veranstaltungen organisieren. So am 11. Oktober eine Fahrt zur Oktoberarena in Klagenfurt, am 15. Oktober einen Konzertabend mit den „Schmetterlingen“, die ihr Jura-Sojfa-Programm vorstellen werden und am 28. Oktober eine Sternfahrt zum KZ Mauthausen.

9.80

Diskussion um Salzburgs Polizei und Sicherheit

Lanc: „Einschreiten gegen Rebhendl...“

Von Roman Hinterseer

Salzburgs Bevölkerung ist nicht gewillt, Ungereimtheiten des sozialen und politischen Zusammenlebens in ihrer Stadt einfach hinzunehmen. Innenminister Erwin Lanc bekam dies vergangene Woche zu spüren, als er auf Einladung der Salzburger Jungsozialisten rund 150 Diskusstellnehmern im Sternbräu als Ombudsmann diente.

Im Mittelpunkt der Kritik stand wieder einmal das gestörte Verhältnis der Bewohner Salzburgs zur Polizei dieser Stadt. Polizeidirektor Hans Biringer deckte immer noch eine Gruppe von Exekutivbeamten, die glauben, mit der Bevölkerung „nach ihrem Gutdünken umspringen“ zu können. Obwohl Erwin Lanc einräumte: „Auch unter Biringer hat sich schon einiges geändert“, bestand das Forum darauf, im Herbst eine öffentliche Diskussion mit Vertretern der Salzburger Bundespolizeidirektion zu führen.

Vehement wurde auch das Polizeistrafgesetz, im Volksmund „Sandlergesetz“ genannt, ange-

griffen. Gerade zur Festspielzeit würde die Exekutive – gestärkt durch dieses Gesetz – Dutzende Menschen (etwa soeben entlassene Strafgefangene) ohne Grund über die Stadtgrenze Salzburgs oder für zehn Tage ins Gefängnis befördern. Sogar vor dem Einsatz von Chlorkalk werde dabei nicht haltgemacht!

Laxheit der Polizei

Der Sprecher einer Männergruppe teilte Lanc mit, die Salzburger Polizei würde Homosexuelle unnötig verhaften, Akten über sie anlegen und einem in Gründung begriffenen Verein

Schwierigkeiten bereiten, obwohl in Wien eine ähnliche Organisation bereits bewilligt worden sei.

Kritisiert wurde schließlich die Laxheit der Behörden gegenüber rechtsradikalen Aktivitäten, für welche gerade Salzburg ein offensichtlich nahrhafter Boden sei.

Messerattacken

In einem offenen Brief des „Antifaschistischen Personenkomitees“ an den Innenminister wurden NDP-Übergriffe – von ewiggestrigen Parolen bis zu Messerattacken auf Andersdenkende – angeprangert. Man legte dem Minister nahe, sowohl diese Rechtsausleger als auch die Einfuhr der Neo-Nazi-Postille „Nationalzeitung“ zu untersagen. Dazu Erwin Lanc: „Wenn Herr Rebhendl und andere Rebhendl mit Sicherheitsgruppen drohen, werden wir sicher einschreiten!“

Im demokratischen Staat eine demokratische Polizei

„Homo homini lupus est — Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf.“ So etwa läßt sich das Weltbild eines Konservativen ausdrücken. Auf Angst und auf das Gefühl, ständig von irgendwem bedroht zu sein, lassen sich viele Verhaltensmuster und Erscheinungen zurückführen, die auf den ersten Blick gar nicht erklärbar sind. Auf dem Klavier der Angst spielen konservative Politiker ihre demagogische Melodie, deren schrille Töne besonders in Wahlkämpfen vielen Leuten ins Ohr gehen. Beispiel dafür sind Propagandareden, daß Österreich immer unsicherer wird, daß Broda zu liberal ist, daß Lanc nicht hart genug durchgreifen will. Bis in die Reihen der Arbeiterbewegung hinein wirkt diese Propaganda und überdeckt oft die einzige reale Bedrohung, die Wirtschaftskrise, den Verlust des Arbeitsplatzes und die Umweltzerstörung.

Diese Angst vor dem anderen ist also ein ideales Verdummungsinstrument, sie läßt sich auch profitabel vermarkten. Die Presse, vor allem die Boulevardpresse, scheffelt damit Millionen.

Dem steht das andere, das optimistische, das sozialistische Menschenbild gegenüber: „Je gerechter und sozialer ein Staat ist, je geringer das Gefälle zwischen arm und reich ist, desto weniger Gefängnisse und Polizei sind notwendig. Von daher kann man auch das laute Träumen unseres Justizministers erklären, wonach er sich eine Gesellschaft ohne Gefängnisse vorstellen kann. Seine Äußerungen und

Versuche haben auch die wildsten Reaktionen der Presse und der konservativen Parteien hervorgerufen, man denke nur an den sogenannten „Häfenurlaub“.

Unser Innenminister Lanc wird von vielen als der beste Innenminister angesehen, den Österreich je gehabt hat; er ist ein Garant dafür, daß Österreichs Polizei sich nicht zum Handlanger der Boulevardzeitungen mißbrauchen läßt. Trotzdem: Ein umfassendes Konzept, wie man die überkommenen Strukturen einer Polizeiorganisation den Erfordernissen einer modernen Demokratie anpassen könnte, wurde bisher der Öffentlichkeit noch nicht vorgestellt.

DIE ROLLE DER POLIZEI

Jeder Staat hält sich einen Polizeiapparat, um die herrschende Ordnung aufrechtzuerhalten. Je ungerechter die herrschende Ordnung, desto brutaler muß sie die Polizei aufrechterhalten. Das geht sogar soweit, daß die Polizei für die Herrschenden gehalten wird, z. B. im „Polizeistaat“. In diesen Diktaturen machen die Polizisten die Drecksarbeit für die Privilegierten, für die eigentlich Herrschenden.

Wir sind eine Demokratie, Herrscher ist das Volk. Die herrschende Ordnung, die die Polizei bei uns aufrechterhalten soll, ist also des Volkes Ordnung. Warum gibt es trotzdem in der Bevölkerung Resentiments gegen die Polizei? Warum kann man sich gerade bei uns in Salzburg für die Polizei einen besseren Ruf vorstellen? Nur wegen ein paar Strafmandaten? Die Vermutung drängt sich auf, daß Teile der Polizei andere Ordnungsvorstellungen haben als sie unseren heutigen entsprechen.

Ein Polizist, der 1930 in den Dienst trat, hatte zunächst die 1. Republik zu schützen, dann 1934 bis 1938 die austrofasch-

istische Diktatur, dann mußte er die Ordnungsvorstellungen der Nazis exekutieren, und dann wieder die der 2. Republik. Das deutet auf eine gewisse Kontinuität, die zu denken gibt. Wenn aber unserer heutiger Staat etwas grundsätzlich anderes ist als die früheren Diktaturen, dann muß auch unsere Exekutive etwas grundsätzlich anderes sein.

MONTAG, 20 UHR, GASTHOF STERNBRÄU

Um dieses „grundsätzlich andere“ geht es bei der Veranstaltung der Jungen Generation in der SPÖ mit Minister Lanc am Montag, dem 30. Juni. Am Montag davor (23.6.) wurden Fälle aufgelistet, die am schlechten Abschneiden der Polizei bei einer vorigen Jahr in Salzburg durchgeführten Meinungsumfrage schuld sind. Der Minister wird am 30. Juni zu diesen Fällen konkret Stellung nehmen. Kein Scherbengericht, sondern Anregungen, wie man das Verhältnis Polizei-Bürger verbessern kann, ist das Ziel dieser JG-Veranstaltung.

Paul Pirker

JG kniet sich in Herbstarbeit

Die Junge Generation in der SPÖ, das sind die SPÖ-Mitglieder zirka zwischen dem 20. und dem 35. Lebensjahr, die sich nicht als Kartellechen zufriedengeben, sondern aktiv die Politik ihrer Partei mitbestimmen möchten.

Es gibt in der Stadt Salzburg wenig politische Gruppen, die sich so wie die JG wöchentlich mindestens einmal zu ihrer politischen Arbeit treffen. Im vergangenen Halbjahr hat die JG eine solche Fülle von Themen angerissen, daß die Durchsetzung der Forderungen gegenüber der Themenvielfalt zu kurz gekommen ist, wie einige JG-Mitarbeiter selbstkritisch vermerken.

Eines der Themen, das vor dem Sommer von der JG aufgegriffen worden ist, beschäftigte sich mit der Frage, wie bürgernah

unsere Polizei ist. Seit Erwin Lanc, der den Salzburgern bei einer JG-Veranstaltung im Juni Rede und Antwort gestanden hat, Innenminister ist, setzen sich bei der Polizei langsam jene Kräfte durch, die die Exekutive als Dienstleistung an der Gesellschaft sehen, und nicht als Aufsicht über die Menschen.

Die logische Fortsetzung der Diskussion mit Minister Lanc findet am 29. September im Gasthof Sternbräu statt. Eingeladen wird die Salzburger Polizei, um mit der Jungen Generation und

mit allen interessierten Salzburgern über die erfreuliche Tendenz zu sprechen, die in letzter Zeit auch bei der Salzburger Polizei spürbar ist: weg von der Obrigkeit, hin zur Dienstleistung an der Gesellschaft.

Die JG trifft sich ab 1. September wieder jeden Montag um 20 Uhr im Gasthof Sternbräu. Die ersten vier Montags, also bis zum 22. September, werden der Aufarbeitung liegendeblebener und zu versenden drohender JG-Initiativen aus der Zeit vor dem Sommer gewidmet sein. Außerdem soll im September ein detailliertes Arbeitsprogramm für den Herbst besprochen werden.

Die JG wendet sich mit ihrem Angebot, sich politisch zu engagieren, nicht nur an die jungen SPÖ-Parteilmitglieder. Es sind vielmehr alle zur Mitarbeit eingeladen, die der Meinung sind, man dürfe nicht mit gefalteten Händen im Schoß herumsitzen und warten, was die da oben über einen bestimmen. Die jeweiligen Informationsveranstaltungen der JG wenden sich unabhängig von einem Interesse an einer JG-Mitarbeit an alle, die an den angebotenen Themen oder Referenten interessiert sind. Also, wie gesagt, jeden Montag, 20 Uhr, Gasthof Sternbräu.

Paul Pirker

Tagblatt
Exl. a
18/19
August

Wo bleibt denn die Internationale?

SALZBURG. In einem offenen Brief an das erweiterte Parteipräsidium führt der Salzburger JG-Landesvorsitzende Paul Pirker aus: „Heute werden die Männer und Frauen, denen 700.000 österreichische Sozialisten die Geschichte ihrer Gesinnungsgemeinschaft anvertraut haben, eine Entscheidung treffen, die angesichts des nun schon bald hundert Jahre dauernden Engagements der SPÖ für eine gerechtere Welt selbstverständlich ist. Den Faschisten in Chile wird kein österreichischer Qualitätspanzer zur Verfügung gestellt, um Chilenen, die für eine gerechtere Welt kämpfen, niederzukartätschen.“

Eine gegenteilige Entscheidung ist für die Sozialisten undenkbar! In den drei Buchstaben SPÖ müßte sonst für das „P“ das Wort Prostituierte eingesetzt werden. Und Chile ist die Grenze, wo Pro-

stitution auch mit einem kostspieligen Werbeaufwand nicht mehr als bloßer Pragmatismus verkauft werden kann. Das wissen die Männer und Frauen des Parteipräsidiums, und deshalb werden auch keine Panzer nach Chile geliefert.

Die Diskussion um den Waffenexport hat aber noch einige Fragen aufgeworfen: Wo bleiben die eindeutigen Stellungnahmen der Sozialistischen Internationale zum internationalen Waffenhandel? Wo die wirksamen Maßnahmen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften zur Verwirklichung der internationalen Solidarität? In Abwandlung eines alten Arbeiterliedes könnte man doch durchzusetzen versuchen: „Wenn dein starker Arm es will, stehen alle Waffengeschäfte still!“

KEINE PROFITE MIT TOD

Aber so können diejenigen, die mit dem Tod ihre Profite ma-

chen, darauf verweisen, daß eben andere, Deutsche, Engländer, Franzosen, das Geschäft machen. Warum schweigen sich dort die Sozialisten und Gewerkschaften aus? Sogar die USA als Weltzentrum des Profits haben bereits leise Skrupeln bei Waffengeschäften mit Diktaturen. Müssen sich die Sozialisten von einem Carter beschämen lassen? Und die Sowjetunion ist doch in keinem Bereich ein Vorbild für Sozialisten, warum müssen wir sie also als hemmungsloser Waffenexporteur kopieren?“

Abschließend heißt es: „Nach der heutigen Entscheidung gegen das Waffengeschäft mit Chile sollte die SPÖ versuchen, in der Sozialistischen Internationale eine Auseinandersetzung mit dem internationalen Waffenhandel der Staaten, in denen es sozialistische oder sozialdemokratische Parteien gibt, zu initiieren!“

Panzer-Vorentscheidung

WIEN, SALZBURG (SN). Das erweiterte Parteipräsidium der SPÖ wird heute, Mittwoch, in Wien eine Vorentscheidung über die Panzerlieferung aus Österreich nach Chile fällen. Bundeskanzler Bruno Kreisky bekräftigte gestern nach seiner Rückkehr aus Mallorca seine Aussagen im SN-Interview zu dieser Frage: „Grundsätzlich bin ich meiner sozialistischen Überzeugung treu.“ Die Junge Generation der SPÖ in Salzburg meinte gestern, in den drei Buchstaben SPÖ müsse für das „P“ das Wort „Prostituierte“ eingesetzt werden, sollte die Partei dem Export zustimmen. Der FP-Wehrsprecher Helmuth Josseck kritisierte Kreisky wegen seiner negativen Haltung zum Panzer-Export.

Stets im Sommer, wenn die Zeit der Hochkultur über Salzburg hereinbricht, werden Überlegungen über Sinn und Unsinn der Festspiele angestellt.

Als gewichtiges Argument wird die sogenannte Umweltrentabilität in die Waagschale geworfen. Durch sie sollen einige hundert Arbeitsplätze geschaffen sein.

Ein Teil dieser Arbeitsplätze entfällt auf das Hotel- und Gastgewerbe. Es ist nicht uninteressant, die Bedingungen an diesen Arbeitsplätzen unter die Lupe zu nehmen.

Festspielzeit. Das heißt geöffnete Hotels und Restaurants von

Einer Untersuchung der Arbeiterkammer zufolge klagen 60 Prozent der Arbeitnehmer im Gastgewerbe über den Zwang zur Freundlichkeit.

Besonders stark empfinden dies die 30- bis 39-jährigen, die auch den Hauptteil der Abwanderer aus dem Gastgewerbe darstellen. Von den Festspielbesuchern will natürlich jedermann nur der erste und nie der letzte sein. Nach einem Kulturhochgenuss kann man sich so profanen Dingen wie etwa Warten auf eine Bestellung nicht hingehen.

Daß hinter den Kulissen Arbeitnehmer buchstäblich im

Menschen 2. Klasse?

6 bis 1 Uhr. Kollegen, die in dieser Zeit ihren Dienst versehen, müssen teilweise sechs Wochen ohne einen freien Tag auskommen. Das sind jene, die noch kurz vor Mitternacht den hereinströmenden Festspielbesuchern lechztüßig, schnell und freundlich Spelse und Trank servieren.

Schweiß ihres Angesichts arbeiten, ist weit und breit unbekannt. In den Küchen der Restaurants geht es nach Aufführungen zu wie in einem Bergwerk. Temperaturen um 50 Grad Celsius sind nicht selten.

Ein nervenaufreibender Kampf zwischen Kellnern, die natürlich



ihre Bestellungen so schnell wie möglich realisiert haben möchten, und den an ihrer Leistungsgrenze angelangten Köchen ist an der Tagesordnung.

Es darf niemanden verwundern, daß vielen Arbeitnehmern in dieser Berufssparte ein intaktes Familienleben und eine geregelte Freizeit über einen minimalen Lohnvorteil geht, der die Belastungen bei weitem nicht aufwiegen kann. Die Folge ist eine Abwanderung aus dem Gastgewerbe, zum Teil ins Ausland, wo

bei gleicher Leistung ein Vielfaches zu verdienen ist.

In Salzburg jedenfalls wird qualifiziertes Fachpersonal gesucht wie die berühmte Stecknadel im Heuhaufen.

Erschreckend viele Lehrlinge beenden ihre Lehrzeit nicht.

Um diese Situation zu ändern, bedürfte es auch eines Umdenkens bei Gästen, die oft in Kellnern und Köchen Menschen zweiter Klasse zu sehen belieben.

Herbert Janser

SN

M. 2.8. 1980

Juso-Tagung zeigte auf: Extreme Linke drängt vor

SALZBURG. - Die ganz Linken innerhalb der SPÖ seien nun auch im Land Salzburg im Vormarsch. Dies stellte gestern ÖVP-Landespartei sekretär Dr. Franz Schausberger zur Landeskonzferenz der Jusos, die am Wochenende stattgefunden hat, fest. Es werde damit zu rechnen sein, daß künftig mehr als bisher Vertreter des äußersten linken Flügels der Sozialisten in führende Positionen drängen werden. Auffallend sei bei der Juso-Tagung auch gewesen, daß sich Salzburger SP-Spitzenpolitiker - wie etwa LR. Radlegger - wesentlich radikaler gaben als normalerweise. Schausberger wies auch darauf hin, daß immer wieder der Begriff „Demokratisierung“ als Instrument zur Umformung der Gesellschaft im sozialistischen Sinn mißbraucht werde. Auf diese Doppelstrategie müsse immer wieder hingewiesen werden. Einziger Garant gegen diese Tendenzen sei die ÖVP, da die FPÖ auf Landesebene im Zweifel auch in Grundsatzfragen eher die Sozialisten unterstütze.

Schwarz

Wieder einmal übt sich ÖVP-Landessekretär Dr. Franz Schausberger in der Rolle eines geschäftigen Skandalisierers und diffamierenden Dilettanten: Er, der als Landesobmann der ÖVP-Nachwuchsorganisation offensichtlich nie kritischen Engagement begegnet ist, ereiferte sich gestern an der Landeskonzferenz der Jungen Generation in der SPÖ, die am Wochenende in Mittersill stattgefunden hatte.

Wenn sich junge Leute auf dem Boden unserer demokratischen Parteien zur Sozialdemokratie bekennen, dann sind das für Schausberger keine Demokraten, sondern „Jusos“, die bekanntlich kleine Kinder fressen, was jeder Bild-Zeitung-Leser und auch der ÖVP-Landessekretär längst weiß. Und wenn Demokraten von Demokratisierung sprechen, dann ist für einen militanten Konservativen vom Schlage Schausbergers eine Revolution nahe.

Ausgerechnet er, der vor einer Woche bei der Landeskonzferenz der Jungen ÖVP den verbalen Kraftlackel bis zum Bruch der jüngst eingegangenen Parteienübereinkunft hervorkehrte, analysierte die Mittersiller JG-Tagung auch auf ihre rhetorischen Feinheiten hin und will „radikale“ Töne bei Spitzenpolitikern ausgemacht haben. Schausbergers Helhörigkeit braucht zu ihrem Funktionieren nicht einmal wachsendes Gras. Wer diffamieren will, hört und sieht alles (schwarz). Slegbert Stronaggar

TAGBLATT

Di., 22.4.8

Junge SP Salzburg in Kreiskys Schatten

Abschaffung von Politiker- und Ärzteprivilegien — Zwentendorf

MITTERSILL (SN). Zumindest in Zukunft verstärkt aufgegriffen was die derzeitige Kluft zwischen werden, weil sie schon vor vier Jahren gestellt worden seien, bis jetzt aber nichts Entscheidendes passiert sei.

Ein klares Nein erging von dieser Landesorganisation an jene innerhalb der SP, die eine neue Volksabstimmung für die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf begrüßen würden oder Initiatoren dafür sind. Man würde vor allem bei den Jungwählern viel an Vertrauen verlieren, wenn die Partei eine neue Volksabstimmung zulasse, wurde betont.

In vier Anträgen wurde bei dieser Landeskonzferenz auch die Abschaffung der Politiker- und Ärzteprivilegien gefordert. Ein Referent bemerkte dazu, diese Anträge müßten

ZUM NEUEN SP-BEZIRKSBOBMANN von Wien-Währing wurde Gemeinderat Rudolf Edlinger gewählt. Der bisherige Obmann Franz Schreiner war aus Altersgründen aus dem Amt geschieden.

SN, Mo. 21.4. 82

Neuer JG-Landesobmann: Paul Pirker

MITTERSILL. Die ordentliche Landeskonzferenz der Jungen Generation in der SPÖ in Mittersill stand am Wochenende im Zeichen der Neuwahl des Landesvorstandes und der Diskussion über die 37 vorgelegten Anträge. Was die JG für die gesamte SPÖ fordert, nämlich Alternativkandidaturen für leitende Funktionen auf allen Ebenen, praktiziert sie in ihrem eigenen Bereich. 56 Prozent der Delegierten entschieden sich für den 33jährigen Lehrer Paul Pirker, der mit dem Anspruch, die JG müßte in der Salzburger Landespolitik „mitmischen“, zur Wahl angetreten war. Der scheidende Landesobmann Mario Sarcletti bleibt gewählter Vertreter Salzburgs im Bundesvorstand der Jungen Generation.

Der bei dieser Konferenz anwesende Bundesobmann der JG, Fritz Edlinger, wies in seinem Einleitungsreferat darauf hin, daß die SPÖ besonders bei Jungwählern nur

dann politisch glaubwürdig und wählbar sei, wenn eine nach außen hin erkennbare Trennung von persönlichen Interessen und politischer Funktion jederzeit nachweisbar ist. Gerade die SPÖ müsse jene Partei sein, über deren moralische und politische Integrität kein Zweifel bestehen dürfe.

Daß ihm seine Jugendorganisation wichtig sei, bewies Dr. Herbert Moritz mit seiner Anwesenheit. Landesrat Wolfgang Radlegger skizzierte seine landespolitischen Vorstellungen im Hauptreferat der Konferenz.

Am Samstagabend stellten sich fünf sozialistische Bürgermeister einer Diskussion über Probleme der Kommunalpolitik in den Landgemeinden des Pinzgaus. Eine der fernverkehrsrechtlichen Forderungen der JG, ein Radwandernetz durch das ganze Land Salzburg, ist mit dem Oberpinzgauer Radwander-

weg in Ansätzen bereits verwirklicht.

Einige Schwerpunkte bei den Anträgen: Privilegienabbau, nicht nur von Politikern, mehr Einkommensgerechtigkeit, Zivildienst in Jugendorganisationen, das Nahverkehrskonzept, größere Fachärztedichte in den Landbezirken, das Einführen eines „langen Behördentages“, demokratischere Helmordnungen für Studenten, Verbot von Kriegsspielen, die Ablehnung der Binnenfluggesellschaft, dies nur einige Themen der Anträge.

Zu stellvertretenden Landesvorsitzenden wurden Hubert Edlinger (Pinzgau), Roland Imberger (Pongau), Arnulf Pirzl (Tennengau), Siegfried Wollner (Flachgau) und Johann Maier (Salzburg) gewählt; weitere Mitglieder des Landesvorstandes: Mario Sarcletti, Josefine Perwein, Matthias Aigner, Josef Crinic, Walter Fuhro und Rudolf Manzinger.

Tagblatt, Mo. 21.4., S 7

Austria liegt

nach dem 2:1 über den Wiener Sportklub einen Zähler vor der Punkte-Marschroute.

Die Kapruner

wurden in der Alpenliga-Meisterschaft wie schon im Herbst zum Stalperstein für Anif.

Salzburgs Boxer

verteidigten vier der im Vorjahr errungenen sieben Staatsmeistertitel in Steyr mit Erfolg.

Schmutzfinke

versauen immer mehr unsere Reisezüge. Darüber klagt nun die ÖBB Salzburg.

Zum neuen Obmann

der JG wählte die Landeskonzferenz in Mittersill den Salzburger Lehrer Paul Pirker.

Tagblatt, Mo. 21.4.82

